

**WIFO-Weißbuch:
Mehr Beschäftigung durch Wachstum
auf Basis von Innovation und Qualifikation**

**Teilstudie 2:
Wachstum und Beschäftigung in Europa
seit 1995**

**Ewald Walterskirchen (Koordination), Karl Aiginger,
Sandra Steindl**

Wissenschaftliche Assistenz: Waltraud Popp, Roswitha Übl

WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation

Teilstudie 2: Wachstum und Beschäftigung in Europa seit 1995

Ewald Walterskirchen (Koordination), Karl Aiginger, Sandra Steindl

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von
Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, Österreichischem
Gewerkschaftsbund und Landwirtschaftskammer Österreich

Mit finanzieller Unterstützung von Oesterreichischer Nationalbank, Androsch
International Consulting, Investkredit, Gewerkschaft Metall – Textil, Raiffeisen-
landesbank Oberösterreich, Oberbank AG, D. Swarovski & Co, Rauch Fruchtsäfte
Ges.m.b.H.

Wissenschaftliche Koordination: Ewald Walterskirchen

Begutachtung: Karl Pichelmann (EU-Kommission), Gunther Tichy (WIFO)

Wissenschaftliche Assistenz: Waltraud Popp, Roswitha Übl

Projektleitung und Koordination: Karl Aiginger, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

November 2006

Teilstudie 2: Wachstum und Beschäftigung in Europa seit 1995

Ewald Walterskirchen (Koordination), Karl Aiginger, Sandra Steindl

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. Wirtschaftliche Erfahrungen in der EU | 1 |
| 1.1 Wachstumsunterschiede zwischen den EU-Ländern | 3 |
| 1.2 Nachfragekomponenten des Wirtschaftswachstums | 4 |
| 2. Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf Konsum und Wohnbau | 7 |
| 3. Empirische Untersuchungen: Einfluss des Wirtschaftswachstums auf den Arbeitsmarkt | 8 |
| 3.1 Wirkungsrichtung von Wachstum und Beschäftigung | 10 |
| 3.2 Bestimmungsgründe von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit | 13 |
| 3.3 Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen für Österreich | 18 |
| 4. Wirtschaftspolitische Überlegungen und Empfehlungen | 21 |
| 4.1 Wachstums- und Konjunkturpolitik in der EU | 21 |
| 4.2 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank | 25 |
| 4.3 Budgetpolitische Vorstellungen in der EU | 26 |
| 4.4 Lohnpolitik und Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum | 28 |
| 4.5 Lissabon-Prozess | 30 |
| 4.6 Nationale und regionale Ebene | 31 |
| 4.7 Finanzmärkte und Wohnbau | 32 |
| 4.8 Beschäftigungsstrategie | 33 |
| 5. Zusammenfassung | 34 |
| Literaturhinweise | 35 |

Verzeichnis der Übersichten

| | | |
|---------------|---|----|
| Übersicht 1: | Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Hauspreise | 6 |
| Übersicht 2: | Verzögerte Reaktion der Beschäftigung auf das Wirtschaftswachstum | 11 |
| Übersicht 3: | Granger-Kausalitätstest | 12 |
| Übersicht 4: | Ergebnisse der Panel-Regressionsgleichungen für Europa | 13 |
| Übersicht 5: | Ergebnisse der Panel-Regressionsgleichungen für Europa | 15 |
| Übersicht 6: | Ergebnisse der Panel-Regressionsgleichungen für Europa | 17 |
| Übersicht 7: | Beschäftigungsschwelle für Österreich (Vollzeitäquivalent) | 19 |
| Übersicht 8: | Beschäftigungs- und Arbeitslosenschwellen für Österreich | 20 |
| Übersicht 9: | Strukturelle und konjunkturelle Budgetdefizite | 28 |
| Übersicht 10: | Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung | 29 |

Verzeichnis der Abbildungen

| | | |
|--------------|--|----|
| Abbildung 1: | Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung im Euro-Raum | 2 |
| Abbildung 2: | Wirtschaftswachstum und Beschäftigung 1995 bis 2005 | 9 |
| Abbildung 3: | Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit 1995 bis 2005 | 10 |
| Abbildung 4: | Arbeitslosen- und Beschäftigungsschwellen | 20 |
| Abbildung 5: | Strategielinien der Wirtschaftspolitik | 22 |
| Abbildung 6: | Zinssatz von EZB und Fed | 26 |
| Abbildung 7: | Lohnstückkosten und verfügbares Nettoeinkommen der privaten Haushalte in den vier größten Ländern der EU und in Österreich | 30 |

1. Wirtschaftliche Erfahrungen in der EU

In Teilstudie 1 wurde festgestellt, dass es im letzten Jahrzehnt keine Konvergenz des BIP pro Kopf zwischen den OECD-Ländern gab. Es wurden angebotseitige Determinanten (Forschung, Bildung usw.) der Wachstumsunterschiede analysiert, die einen Teil davon erklären. In dieser Teilstudie werden nachfrageseitige Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Periode 1995-2005 untersucht. Nachfrageseitig sind die Wachstumsunterschiede in diesem Zeitraum vor allem auf den privaten Konsum und den Wohnbau zurückzuführen. Ein wichtiger Faktor für die unterschiedliche Entwicklung von Konsum und Wohnbau, die den Konvergenzprozess stoppte, ist die unterschiedliche Dynamik der Haus- und Wohnungspreise.

Danach wird der entscheidende Einfluss des Wirtschaftswachstums auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit mit Hilfe einer Paneluntersuchung dargestellt. Eine wichtige Aufgabe dieses Abschnittes ist es auch, für Österreich jene BIP-Wachstumsraten zu errechnen, ab denen die Beschäftigung steigt bzw. die Arbeitslosenquote sinkt. Diese Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosigkeitsschwellen sind – obwohl auch über die Zeit leicht schwankend und von der Wirtschaftspolitik beeinflussbar – eine wichtige Information für die Wirtschaftspolitik. Die Studie endet mit einigen Überlegungen zur Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union.

Die Wirtschaft im Euro-Raum befand sich in den Jahren 2001 bis 2005 in einer ausgeprägten Schwächephase. Das Wirtschaftswachstum der meisten Länder im Euro Raum blieb hinter den Möglichkeiten zurück und wies einen deutlichen Rückstand gegenüber den USA und der Weltwirtschaft auf. Heuer zeichnet sich eine deutliche konjunkturelle Erholung ab, wobei es schon im nächsten Jahr wieder zu einer konjunkturellen Delle – durch die Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland und die Notwendigkeit zur Budgetkonsolidierung in Frankreich und Italien kommen könnte. Selbst im Aufschwungsjahr 2006 wächst die Wirtschaft des Euro-Raums um nur etwa 2½%, das ist immer noch langsamer als in den USA und Südostasien. Das weltwirtschaftliche Wachstum liegt seit nunmehr vier Jahren zwischen 4% und 5%.

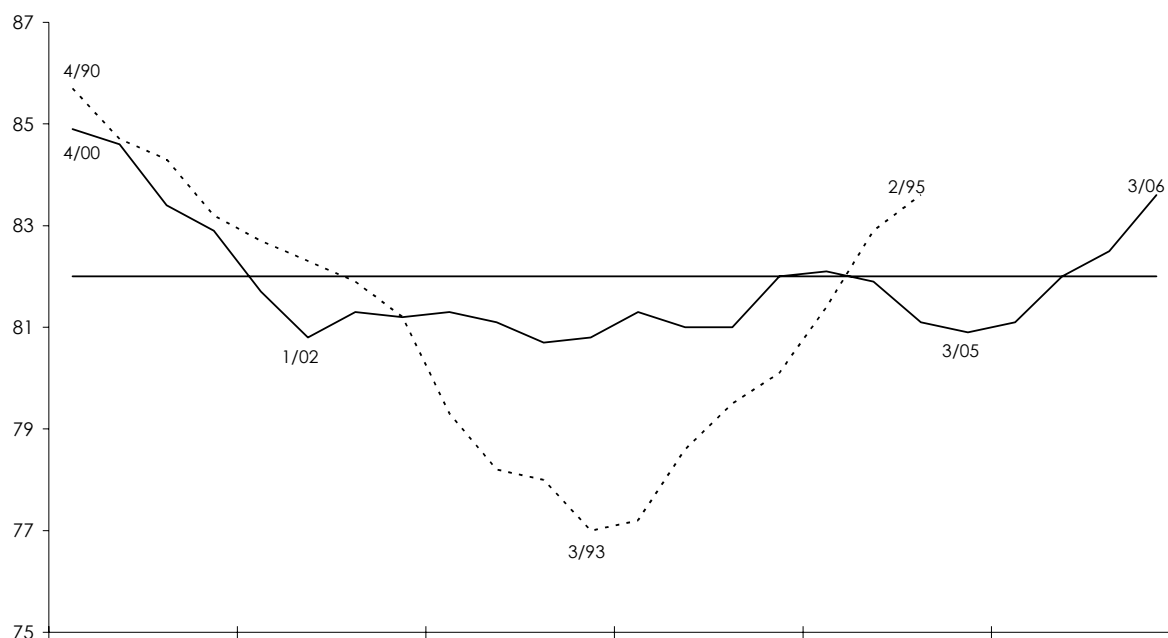
Die gute Exportkonjunktur greift im Euro-Raum bisher nur begrenzt auf die Inlandsnachfrage über. Die exportinduzierte Steigerung der Kapazitätsauslastung reichte bisher nicht aus, um einen selbsttragenden Aufschwung in Gang zu setzen. Die börsennotierten Großunternehmen erzielen zwar hohe Gewinnsteigerungen. Sie nützen diese aber nur zögerlich für Investitionen, besonders in Europa. Sie ziehen es bisher vor, ihre Schulden zurückzuzahlen und eigene Aktien zurückzukaufen (als Basis für "mergers & acquisitions")¹⁾.

Die Kapazitätsauslastung der Sachgüterproduktion blieb im Euro-Raum in der jüngsten Rezessionsphase mehrere Jahre zu niedrig, um die Investitionstätigkeit anzuregen (siehe Abbildung 1). Sie blieb 4½ Jahre lang unter dem langjährigen Durchschnitt, in der vorhergehenden

¹⁾ Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung wurde allerdings erst an der Jahreswende 2005/06 überschritten.

Rezession "nur" 3 Jahre. In noch wesentlich stärkerem Maße blieb das Arbeitskräfteangebot unterausgelastet. Das zeigt sich nicht nur an der steigenden Arbeitslosenquote (2001-2004: +1 Prozentpunkt), sondern auch an anderen Arten des Arbeitskräfteüberschusses. Diese entstehen durch nicht in ausreichender Form vorhandene Arbeitsmöglichkeiten und umfassen neben Frühpensionisten und Schulungsteilnehmern auch entmutigte, marginalisierte und schlecht qualifizierte Personen, die nur unter bestimmten Voraussetzungen in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Für Österreich schätzt Tichy (2006) ein so definiertes potentielles Arbeitskräfte-reservoir von fast 1 Mio. Personen.

Abbildung 1: Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung im Euro-Raum
In %



Q: Eurostat.

Der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum ist es bisher – im Gegensatz zu den USA, Großbritannien und Skandinavien – nicht gelungen, einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung herbeizuführen. In dieser Situation muss der Stellenwert der makroökonomischen Stabilisierungspolitik hinterfragt werden. Die Probleme der europäischen Wirtschaft werden heute als strukturell im Sinne von rigiden, unflexiblen Strukturen dargestellt, konjunkturelle und Nachfrageaspekte werden vernachlässigt. Das Potentialwachstum sei in Europa niedrig verglichen mit jenem in

den USA, weil die notwendigen angebotsseitigen Strukturreformen zu langsam vorankämen²⁾. Die Arbeitslosigkeit gehe primär auf einen "mismatch" von Qualifikationen zurück.

Die Potentialproduktion wird von Produktivitätssteigerungen, vom verfügbaren Kapitaleinsatz und vom potentiellen Arbeitsangebot bestimmt. Wachstumszerlegungen zeigen, dass das Produktivitätswachstum als die Triebfeder des Wirtschaftswachstums gilt und die Entwicklung des Produktionspotentials maßgeblich beeinflusst. Dieses hinkt, beeinflusst durch geringere Ausgaben in die Humankapitalbildung sowie in F&E, jenem der USA hinterher. Die Stagnation des Potentialwachstums in den letzten Jahren in Europa ist aber neben den mäßigen Produktivitätssteigerungen auch auf die ungenügende Nutzung des Faktors Arbeit zurückzuführen. Dies ist angesichts der hohen Arbeitslosenraten, der massiven Frühpensionierungen älterer Arbeitnehmer sowie unterbezahlter befristeter Praktika überraschend. Es wäre verfehlt, aus dem sinkenden Arbeitsinput der letzten 5 Jahre zu schließen, dass ein zu geringes Angebot an Arbeitskräften zur Verfügung stehe. Das Arbeitskräftepotential ist prinzipiell vorhanden, der Engpassfaktor für das Wachstum ist vielmehr das Nichtgelingen der Integration der Arbeitslosen in den Produktionsprozess.

1.1 Wachstumsunterschiede zwischen den EU-Ländern

In den letzten zehn Jahren haben sich merkliche Unterschiede im Wirtschaftswachstum zwischen den europäischen Industrieländern ergeben. Besonders erfolgreich waren die angelsächsisch-nordeuropäische Ländergruppe (Skandinavien, Großbritannien, Irland) sowie einige im wirtschaftlichen Aufholprozess befindliche Länder Südeuropas (insbesondere Spanien). Das Wirtschaftswachstum reichte in diesen Ländern im Zeitraum 1995/2005 von durchschnittlich 2¼% pro Jahr in Dänemark bis 8% in Irland. Im Durchschnitt wies diese Ländergruppe ein Wirtschaftswachstum von etwa 3% pro Jahr auf.

Dies war deutlich mehr als im Durchschnitt des Euro-Raums. Dieser war insbesondere durch die schwache Performance der drei großen kontinentalen Länder geprägt, Deutschland wuchs im Schnitt der letzten zehn Jahre nur mit 1,4%, Italien um 1,3%, Frankreich konnte mit dem europäischen Wachstum mithalten. In Österreich lag das Wachstum mit einem durchschnittlichen Tempo von 2,2% im Schnitt der EU 15, aber etwas höher als im Euro-Raum. Deutlich niedriger als in Österreich war das Wachstum in der Schweiz.

Wenn man die Wachstumsraten pro Kopf als Indikator heranzieht (wie in Teilstudie 1), dann ergibt sich die gleiche Rangfolge der Länder, nur Finnland übernimmt statt Spanien die Spitze. Da die erwerbsfähige Bevölkerung im Euro-Raum durchschnittlich um ½% pro Jahr steigt, liegt das Pro-Kopf-Wachstum um einen ½ Prozentpunkt unter dem BIP-Wachstum. Nur in Deutschland und Italien stagnierte die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dies ist die Folge – nicht

²⁾ Für das Jahr 2006 berechnet die OECD für den Euro Raum eine Potentialwachstumsrate von 2,0%, für die USA von 3,0%. Im Durchschnitt der letzten 12 Jahre (1995-2006) blieb die Rate in Europa mit rund 2% konstant. Quelle: OECD (2004), Economic Outlook No. 79.

die Ursache – der wirtschaftlichen Krise. Wegen der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung versiegte die ökonomisch motivierte Zuwanderung in Deutschland und Italien. Der starke Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung in Spanien geht andererseits vor allem auf den Zustrom von Immigranten (insbesondere aus Lateinamerika) zurück, die durch die gute Wirtschaftsentwicklung in Spanien angezogen wurden.

Kumuliert bedeuten die unterschiedlichen Wachstumsraten erhebliche Differenzen in der Entwicklung des Wohlstands, und sie bringen auch merkliche gesamtwirtschaftliche Konsequenzen mit sich:

- Der Wohlstand entwickelte sich innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Das BIP pro Kopf zu Preisen und Wechselkursen von 2000 stieg in der Periode von 1995 bis 2005 in Relation zum EU-Durchschnitt: in Österreich um ½%, in Großbritannien um 6%, in Spanien um 9% und in Irland sogar um 47% rascher als im EU-15-Durchschnitt. Demgegenüber fiel es in Italien (–8%), Deutschland (–5%) und Frankreich (–1%) gegenüber dem EU-Durchschnitt zurück.
- Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hängt primär vom Wirtschaftswachstum ab. Je mehr Güter und Dienstleistungen produziert werden, umso stärker erhöht sich die Zahl der Beschäftigten. Während die Beschäftigung im Jahr 2005 in Irland um 52%, in Spanien um 39% und Großbritannien um 11% über dem Niveau von 1995 lag, betrug der Zuwachs in Österreich +7% und in Deutschland nur 3%. Die Kausalrichtung vom Wirtschaftswachstum zur Beschäftigung ist eindeutig die dominierende, wie später in dieser Teilstudie noch belegt wird. Der Arbeitsmarkt reagiert erst mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr auf die Wirtschaftsentwicklung.
- Das Wirtschaftswachstum determiniert über die Wirkungen der automatischen Stabilisatoren auch in erheblichem Ausmaß die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Der Finanzierungssaldo des Staates lag in den schwach wachsenden Ländern des Euro-Raums in den letzten Jahren oft nahe oder unter dem Referenzwert von –3% des BIP. Demgegenüber konnten viele stark wachsende Länder Budgetüberschüsse erzielen oder zumindest trotz stark steigender Staatsausgaben die Nachhaltigkeit in der Finanzierungsposition der öffentlichen Finanzen sicherstellen. In Großbritannien konnte deshalb in der Schwächephase der europäischen Wirtschaft eine ausgeprägte antizyklische Wirtschaftspolitik verfolgt werden.

1.2 Nachfragekomponenten des Wirtschaftswachstums

Das Wirtschaftswachstum lässt sich in seine Angebots- und Nachfragekomponenten zerlegen. Die Analyse der Angebotsbestandteile ("growth accounting") erfolgt in Teilstudie 3 (siehe Peneder et al.). Hier geht es um den Einfluss der Nachfragekomponenten.

Exporte und Marktanteile am Weltmarkt sind die klassischen Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Wir ziehen die Exporte als Indikator dem realen Außen-

beitrag vor, da letzterer stark vom Einfluss der Inlandsnachfrage auf die Importe abhängt. In den letzten Jahrzehnten sind die Ausrüstungsinvestitionen immer stärker zu einem Standortfaktor geworden. Die Investitionstätigkeit wird deshalb zunehmend von der preislichen und strukturellen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beeinflusst. Multinational tätige Unternehmen können seit der Liberalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte relativ leicht auf Kostenunterschiede und Wechselkursentwicklungen mit den Zulieferungen intermediärer Güter sowie der Verlagerung von Produktionsstandorten reagieren. Soweit die Unternehmen Betriebsstätten in vielen Ländern haben, können sie ihre Produktionsausweitung an den aktuellen Standortvorteilen orientieren. Bei Lohnverhandlungen ist deshalb die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins billigere Ausland eine ständige Drohung. Allerdings investieren auch ausländische Firmen erheblich in Österreich und anderen Ländern des Euro-Raums.

Krugman (1999) hat davor gewarnt, die Bedeutung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Staaten zu überschätzen. Ein Kampf um die bessere Ausgangslage durch niedrige Löhne und Abwertung kann für alle Beteiligten einen Nachteil bringen – im Gegensatz zu einem Wettlauf um höhere Ausbildung und Innovation, die positive Spillovers für den Nachbarn bringt. Eine wichtige Rolle für das Wirtschaftswachstum spielen Konsum und Bauinvestitionen. Diese beiden Komponenten der Inlandsnachfrage mögen zwar von der Export- und Investitionsentwicklung beeinflusst sein, sie können sich aber auch relativ autonom entwickeln. Für die Bauwirtschaft ist seit langem bekannt, dass sie ihren eigenen Zyklus hat, der manchmal, aber nicht immer der Industriekonjunktur nachhinkt. Während der investitionsbestimmte Zyklus in der Regel eine Dauer von sieben bis zehn Jahren aufweist ("Juglar-Zyklus"), dauert der Immobilien-Zyklus meist doppelt so lang (*Marterbauer – Walterskirchen, 2005*). Das theoretische Axiom, dass das Wirtschaftswachstum mittelfristig rein angebotsbestimmt ist und die Nachfrage nur kurzfristige Schwankungen verursacht, wird dadurch in Zweifel gezogen. Die "kurzfristigen" Schwankungen in der Nachfrage nach Wohnimmobilien dauern bis zu 15 Jahren. Scheinbare Wachstumsunterschiede können sich deshalb als konjunkturelle Abweichungen entpuppen. Im letzten Jahrzehnt zeigte sich weiters, dass sich der private Konsum von der Einkommensentwicklung teilweise abkoppeln kann. Die Nachfrage erhielt zusätzliche Impulse durch den Vermögenseffekt. Steigende Immobilienpreise und Aktienkurse erhöhen die Konsumneigung, insbesondere in Ländern mit liquiden Vermögenmärkten und vermögensorientiertem Kreditrahmen. Der starke Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte in den USA, Großbritannien und Skandinavien während der neunziger Jahre macht dies deutlich. Die Sparquote reagiert aber auch auf einen Verfall der Immobilienpreise bzw. Aktienkurse und macht den privaten Konsum damit volatiler.

Übersicht 1: Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Hauspreise

| | Bruttoinlands- produkt | Privater Konsum | Wohnbauin- vestitionen | Exporte | Ausrüstungs- investitionen | Haus- und Wohnungs- preise |
|--|---------------------------|--------------------|---------------------------|---------|-------------------------------|----------------------------------|
| 1995/2005 | | | | | | |
| Durchschnittliche jährliche Veränderung in %, real | | | | | | |
| Spanien | + 3,6 | + 3,8 | + 8,1 | + 6,4 | + 6,8 | + 7,1 |
| Finnland | + 3,5 | + 3,2 | + 5,8 | + 7,1 | + 1,8 | + 5,0 ¹⁾ |
| Großbritannien | + 2,8 | + 3,4 | + 2,5 | + 4,8 | + 2,6 | + 7,8 |
| Schweden | + 2,7 | + 2,3 | + 6,9 | + 6,8 | + 5,0 | + 5,5 |
| Niederlande | + 2,3 | + 2,2 | + 1,8 | + 5,6 | + 3,1 | + 6,4 |
| Österreich | + 2,2 | + 1,6 | - 2,6 | + 6,6 | + 3,1 | - 2,0 |
| Frankreich | + 2,2 | + 2,3 | + 1,8 | + 4,9 | + 4,8 | + 5,8 |
| Deutschland | + 1,4 | + 1,1 | - 1,8 | + 7,3 | + 3,2 | - 1,5 |
| Italien | + 1,3 | + 1,5 | + 1,2 | + 0,9 | + 2,4 | + 2,2 |
| Skandinavische Länder ²⁾ | + 2,8 | + 2,4 | + 6,1 | + 6,4 | + 3,9 | + 4,8 |
| Euroraum | + 2,1 | + 2,0 | + 1,2 | + 5,6 | + 4,0 | + 3,3 ³⁾ |

Q: Bank for International Settlements, Eurostat, OECD, WIFO-Berechnungen. – 1) 1995-2003. – 2) Finnland, Dänemark, Schweden. – 3) Arithmetisches Mittel der oben angeführten Länder ohne Großbritannien und Schweden.

Wenn wir die gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten seit 1995 betrachten, sehen wir besonders große Unterschiede zwischen den Ländern bezüglich der Wohnbau- und Konsumententwicklung (siehe Übersicht 1). Insgesamt ergibt sich folgendes Bild: Die Entwicklung der Ausfuhren war für die Unterschiede im BIP-Wachstum nicht entscheidend. Auch in einigen Ländern, die wirtschaftliche Nachzügler waren, stiegen die Ausfuhren kräftig. Vielleicht trug hier auch die schwache Inlandsnachfrage zur verstärkten Exportorientierung bei. Die Exporte stiegen 1995-2005 in Irland, Spanien, Österreich, Deutschland und den skandinavischen Ländern besonders stark. Hier spielten offenbar die Folgewirkungen der Währungsabwertungen (Finnland, Schweden), der Ostöffnung (Österreich, Deutschland, Finnland) und der Aufstieg der Informations- und Kommunikationstechnologien (Irland, Skandinavien) eine besondere Rolle. Außerordentlich schwach entwickelte sich der Export Italiens seit 1995. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft hat sich in der Währungsunion dramatisch verschlechtert.

Die Unterschiede in der Investitionstätigkeit spielten – wie von der Theorie her zu erwarten – eine wichtige Rolle bei der Erklärung der Wachstumsunterschiede. Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten in Irland, Dänemark, USA und Spanien besonders rasch. Nachzügler waren hier Deutschland und Japan, aber überraschenderweise auch Schweden. Abgesehen von Zufälligkeiten der Periodenabgrenzung könnte es hier auch statistische Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Investitionen und Konsum (z. B. bei Software) geben.

Die Übersicht 1 zeigt deutlich, dass es bei der Entwicklung der Wohnbauinvestitionen die größten Unterschiede zwischen den Ländern gab. Diese haben allerdings nur einen Anteil von etwa 5% am BIP. In Deutschland, Japan, Österreich und der Schweiz drückten die Wohnbau-

investitionen das Wirtschaftswachstum deutlich, in Irland, Spanien, USA und den skandinavischen Ländern beschleunigten sie es. Die Unterschiede in den gesamten Bauinvestitionen wurden von der Wohnbautätigkeit dominiert. Der Wohnungsneubau sollte nicht einfach als Folge der BIP- und Einkommensentwicklung gesehen werden, hier herrschen eigene Gesetze. Bevölkerungsentwicklung, (erwartete) Immobilienpreise, Zinssätze und Förderungsprogramme beeinflussen die Wohnbauzyklen entscheidend.

Aus der Übersicht wird auch die unterschiedliche Entwicklung des privaten Konsums zwischen den Ländern deutlich. In der angelsächsisch-nordeuropäischen Ländergruppe wuchs der private Konsum seit 1995 weit rascher als in der mitteleuropäischen. Da der private Konsum mit einem Anteil von rund 60% des BIP das größte Nachfrageaggregat ist, sind dessen länderspezifischen Unterschiede für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums besonders wichtig. Eine hohe Konsumsteigerung kann die Folge dynamischer Investitionen und Exporte sein, sie kann aber auch durch Aktienurse, Immobilienpreise, Wohnbauzyklen oder eine weitgehend autonome Zunahme der Konsumkredite bewirkt werden. Langfristig spielt neben dem Einkommen die Vermögensentwicklung eine zunehmende Rolle für den privaten Konsum. Dies zeigte auch das National Institute of Economic and Social Research (*Al-Eyd et al.*, 2005) in einer aktuellen Untersuchung. Gemäß einer IMF-Studie (*IMF*, 2004) beträgt die langfristige Reaktion des privaten Konsums auf eine Steigerung der Haus- und Wohnungspreise um 1% in marktbasierenden Ländern (USA, Großbritannien usw.) 0,40, in bankbasierten (Deutschland, Österreich usw.) nur 0,15. Zumindest in den marktbasierenden Ländern scheint die Entwicklung der Vermögen – und der davon beeinflussten Sparquote – eine wichtigere Rolle für den realen privaten Konsum zu spielen als die nominellen Lohnsteigerungen und die staatlichen Transfers.

Die wirtschaftliche Schwäche im Euro-Raum seit 2000 geht in beträchtlichem Maß auf den privaten Konsum zurück. Die Konsumentwicklung wurde in den internationalen NIESR-Prognosen regelmäßig überschätzt; die Investitionstätigkeit entwickelte sich dagegen etwa so, wie es den Investitionsgleichungen entsprach. Versuche einer Erklärung der Wachstumsunterschiede zwischen den EU-Staaten sollten deshalb die Bestimmungsgründe der Konsumnachfrage nicht vernachlässigen (siehe dazu Teilstudie 11 von Markus Marterbauer und Michael Wüger).

2. Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf Konsum und Wohnbau

Für die Erklärung der markanten Wachstumsunterschiede zwischen den OECD-Staaten wurden zahlreiche Ansätze diskutiert. Neoklassisch orientierte Ökonomen haben die Strukturformen, den Abbau des Staatssektors, die Deregulierung, die Lohnzurückhaltung und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes besonders betont. Keynesianisch orientierte Ökonomen stellten die expansive Orientierung der Makropolitik in rasch wachsenden Ländern in den Mittelpunkt. Industrie- und Wachstumsökonom konzentrierten sich auf die positiven Auswirkungen höherer Ausgaben für Forschung und Bildung. Ein Faktor wurde bei der Erklärung der

Wachstumsdifferenzen bisher wenig diskutiert: der Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf Konsum und Wohnbau. Gerade dieser Einflussfaktor hat jedoch in den letzten zehn Jahren eine erhebliche Rolle gespielt.

Der Einsatz von Informationstechnologien, Forschung und Entwicklung sowie Bildung spielt für die langfristigen Wachstumsunterschiede hoch entwickelter Industrieländer eine entscheidende Rolle. Die Bereitschaft zu ausgeprägter antizyklischer Politik – in USA und Großbritannien im Gegensatz zur EU – kann die unterschiedliche Dauer der Rezessionsphasen erklären. Für die mittelfristigen Unterschiede in der BIP-Entwicklung der EU-Staaten über einen Zeitraum von zehn Jahren spielen jedoch auch die Volatilität der Haus- und Wohnungspreise und die damit verbundenen Wohnbau- und Konsumzyklen eine wichtige Rolle (*Marterbauer – Walterskirchen, 2005*).

Die Hauspreise stiegen 1995-2005 in Irland, Großbritannien, Spanien und den Niederlanden außerordentlich stark, in Deutschland und Österreich gingen sie sogar zurück. Die Erwartung weiter steigender Hauspreise treibt die Nachfrage nach Häusern vor allem bei niedrigen Zinssätzen immer weiter in die Höhe. Die spekulative Blase bricht dann meist zusammen, wenn es zu Zinssatzerhöhungen kommt.

Die Hauptursache für Preissteigerungen von Häusern und Wohnungen liegt in einer aktuellen oder erwarteten Knappheit an Häusern und Wohnungen, die aus der Zins-, Einkommens- und Bevölkerungsentwicklung resultiert. Eine IMF-Studie (2004) kam zu folgendem Ergebnis:

- Eine Verringerung der Zinssätze um 1 Prozentpunkt führt zu einem Anstieg der realen Hauspreise um 1%.
- Ein Einkommenszuwachs um 1% führt zu einer Erhöhung der realen Hauspreise um 1,1%.
- Eine Beschleunigung des Bevölkerungswachstums um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt treibt die Hauspreise um 1% in die Höhe.

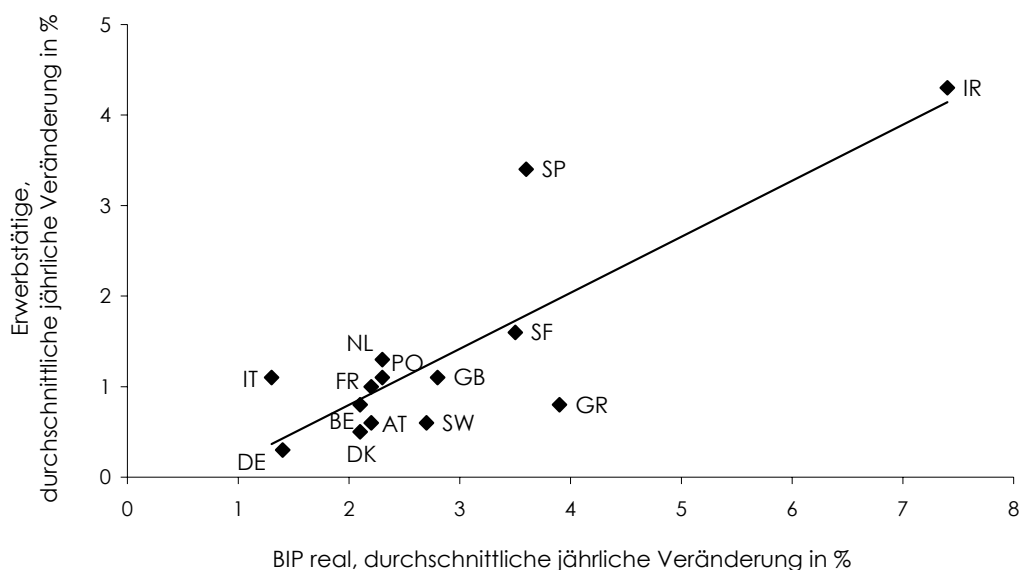
Im Zeitraum 1995-2005 hatte die Entwicklung der Hauspreise großen Einfluss auf die Wachstumsunterschiede zwischen den europäischen Ländern. Ein Anstieg der realen Hauspreise um 1% gegenüber dem Durchschnitt führte zu einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum im Ausmaß von etwa 0,15% (*Marterbauer – Walterskirchen, 2005*). Im nächsten Jahrzehnt könnten die bisherigen Wachstumsgewinner durch die Hauspreisentwicklung zu den Verlierern werden.

3. Empirische Untersuchungen: Einfluss des Wirtschaftswachstums auf den Arbeitsmarkt

Ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung ist das Wirtschaftswachstum. Im Länderquerschnitt zeigt sich, dass die EU-Länder mit hohem Wirtschaftswachstum eine relativ günstige Beschäftigungsentwicklung aufweisen, in den wirt-

schaftlich weniger florierenden Ländern bleibt die Beschäftigung dagegen zurück (siehe Abbildung 2). In Österreich entwickelte sich die Beschäftigung etwas ungünstiger, als es vom Wirtschaftswachstum her zu erwarten war – d. h. die Arbeitsproduktivität stieg überdurchschnittlich. Außerordentlich hoch war die Beschäftigungsausweitung in Spanien: Dort wurden vor allem befristete Eintritts-Jobs zu niedrigen Entschädigungen geschaffen. Ähnliches war auch in Italien der Fall. Über der Regressionsgerade liegen auch die Niederlande, da dort die Teilzeitbeschäftigung stark ausgeweitet wurde.

Abbildung 2: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung 1995 bis 2005

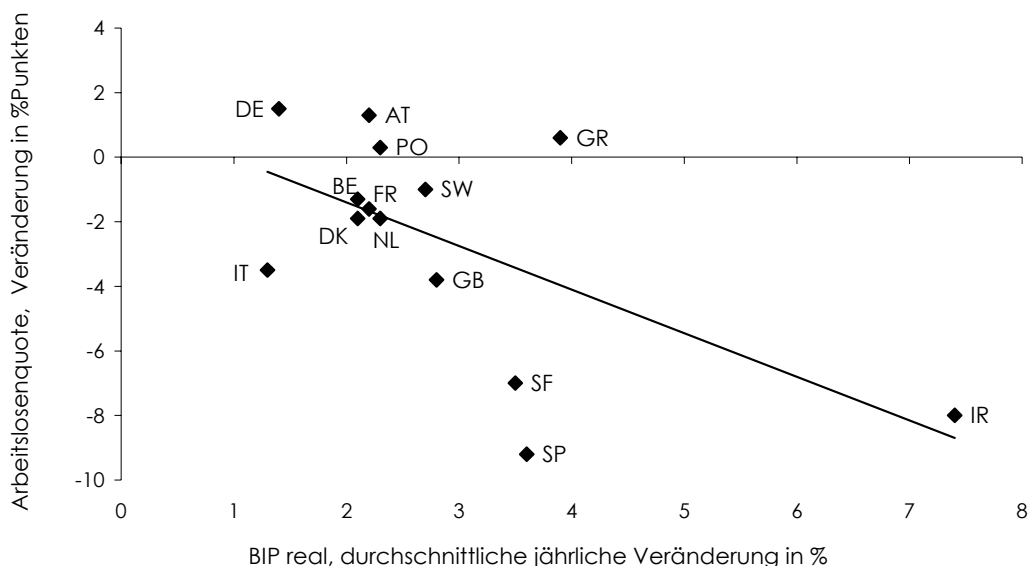


Q: Eurostat.

Das Wirtschaftswachstum hat ebenfalls einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit (siehe Abbildung 2). Dieser Einfluss ist jedoch geringer als jener auf die Beschäftigung, da die Arbeitslosigkeit von zusätzlichen Faktoren beeinflusst wird: insbesondere der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Schulungen usw.).

In Österreich entwickelte sich die Arbeitslosenquote ähnlich wie die Beschäftigung etwas ungünstiger, als es vom Wirtschaftswachstum her zu erwarten war. Wesentlich günstiger als es dem Wirtschaftswachstum entsprach, entwickelte sich die Arbeitslosenquote in Spanien und Italien. Hier spielte, wie erwähnt, der Anstieg der befristeten Jobs ("Praktika") eine wichtige Rolle.

Abbildung 3: Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit 1995 bis 2005



Q: Eurostat.

Im Folgenden wird dem empirischen Zusammenhang der Zeitreihen in den vergangenen 15 Jahren nachgegangen. Es wird der Einfluss des Wirtschaftswachstums auf den Arbeitsmarkt in der EU untersucht, wobei dieser Effekt erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wirkt.

Das Wachstum muss erst bestimmte Schwellenwerte übersteigen, ehe die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Diese Schwellenwerte können jedoch nur bedingt als wirtschaftspolitische Indikatoren fungieren. Sie stellen keine konstanten Größen dar, sie verändern sich sowohl langfristig im Trend – durch technologischen Wandel und die Entwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt – als auch im Konjunkturverlauf. In Teil 2.2.3.3 werden für Österreich mittelfristige Werte für die Beschäftigungs- und Arbeitslosenschwelle berechnet.

3.1 Wirkungsrichtung von Wachstum und Beschäftigung

Arbeitsmarktreihen werden in der Literatur oft als nachlaufende Indikatoren bezeichnet. Die Wirkungsrichtung von Wachstum und Beschäftigung ist eine zentrale Fragestellung: Führt mehr Wachstum mit einer gewissen Verzögerung zu mehr Beschäftigung oder führen Arbeitsmarkt-reformen (Lohnsenkung und Flexibilisierung) zu mehr Beschäftigung und dadurch zu mehr Wachstum? In der Untersuchung wurden der Gleichlauf und die Stärke des konjunkturellen Zusammenhangs über Kreuzkorrelationen sowie mit Hilfe von Granger-Kausalitätstest für die einzelnen Länder berechnet.

Kreuzkorrelationen der Zeitreihen zeigen für fast alle EU-Länder die typische verzögerte Reaktion der Beschäftigung auf das Wirtschaftswachstum. In der EU dauert es im Durchschnitt drei Quartale und in Österreich vier Quartale, bis die Beschäftigung auf die wirtschaftliche Entwicklung voll reagiert. In einem Konjunkturaufschwung werden z. B. typischerweise zunächst die verfügbaren Arbeitskräfte voll ausgelastet, Überstunden erhöht und Zeitkonten aufgebaut. Die Lagstrukturen reflektieren den Zeitaufwand und die entstehenden Kosten der Unternehmen für Neueinstellungen. Die nachstehende Tabelle zeigt, mit wie vielen Quartalen Verzögerung die Korrelation zwischen den beiden Zeitreihen am höchsten ist.

Um die kurzfristigen Zusammenhänge zu berücksichtigen, wurde die Korrelationsanalyse mit den jeweiligen Veränderungsdaten gegenüber dem Vorquartal durchgeführt. So können Wendepunkte besser erkannt werden. Zuvor wurden die Reihen mit dem Verfahren Tramo-Seats um die saisonale und irreguläre Komponente bereinigt. Der Untersuchungszeitraum beträgt 1991-2005. Das Australian Bureau of Statistics (2006) führte eine ähnliche Analyse durch, deren Ergebnisse ebenfalls eine verzögerte Reaktion nachwies, wobei die Reihen mit einem Henderson Filter bereinigt wurden.

Übersicht 2: Verzögerte Reaktion der Beschäftigung auf das Wirtschaftswachstum

Die Beschäftigung reagiert mit einem lag von
... Quartalen

| | |
|----------------|---|
| Großbritannien | 5 |
| Österreich | 4 |
| Luxemburg | 4 |
| Niederlande | 4 |
| Belgien | 3 |
| Italien | 3 |
| Deutschland | 2 |
| Schweden | 2 |
| Frankreich | 1 |
| Finnland | 1 |
| Spanien | 0 |
| Irland | 0 |
| Dänemark | 0 |
| EU 15 | 3 |

Q: WIFO-Berechnungen.

Nur in Irland, Spanien und Dänemark entwickelten sich die beiden Größen zeitgleich. Das lässt sich mit der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Auslastung des Arbeitskräftepotentials in diesen Ländern erklären. Wenn eine Wirtschaft voll ausgelastet ist und an ihre Kapazitätsgrenzen stößt, dann spielen Arbeitsmarktfaktoren eine entscheidende Rolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Eine Steigerung des Arbeitskräfteangebots bewirkt in dieser Situation unmittelbar eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, das andernfalls durch Knappheit an Arbeitskräften gebremst würde.

Auch Granger-Kausalitätstests deuten für die meisten EU-Länder auf die kurzfristige Wirkungsrichtung vom Wirtschaftswachstum zur Beschäftigung hin. Der nach C. W. Granger (Granger, 1969) benannte Test ist ein übliches Verfahren zur Identifikation von Ursache- und Wirkungszusammenhängen. Das Konzept untersucht inwieweit das Wirtschaftswachstum in den Vorperioden die Prognosefähigkeit der Beschäftigungsentwicklung verbessert. Für den Zeitraum 1991-2005 ergaben Granger-Tests meist eine eindeutige Kausalität, wonach für die untersuchten Länder mehr Wachstum zu mehr Beschäftigung führt. Für Irland, Spanien, Dänemark und Frankreich konnte diese Wirkungsrichtung nicht gefunden werden³⁾. Dies geht konform mit den Ergebnissen der Korrelationsanalyse. Im Verfahren wird die Hypothese getestet, dass keine Granger-Kausalität zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung vorliegt. Diese Hypothese kann für den Großteil der untersuchten Länder (ausgenommen Irland, Spanien, Dänemark und Frankreich) abgelehnt werden. Die folgende Tabelle stellt die *F*-Statistiken dar, die *P*-Werte in Klammer zeigen die Signifikanz der Ablehnung der Hypothese.

Übersicht 3: Granger-Kausalitätstest

| | <i>F</i> -Statistik | <i>P</i> -Werte |
|----------------|---------------------|-----------------|
| Großbritannien | 5,332 | (-0,007) |
| Österreich | 2,201 | (-0,119) |
| Luxemburg | 8,008 | (-0,001) |
| Niederlande | 7,035 | (-0,002) |
| Belgien | 5,180 | (-0,001) |
| Italien | 1,193 | (-0,311) |
| Deutschland | 1,185 | (-0,313) |
| Schweden | 5,761 | (-0,001) |
| Frankreich | 0,519 | (-0,598) |
| Finnland | 4,381 | (-0,017) |
| Spanien | 0,441 | (-0,645) |
| Irland | 0,056 | (-0,945) |
| Dänemark | 0,064 | (-0,937) |
| EU 15 | 4,762 | (-0,006) |

Q: WIFO-Berechnungen.

Resümee: Die Analyse der Wirkungsrichtung zeigt, dass in den meisten Ländern der EU15 die Beschäftigung der Konjunkturerwicklung mit einer Verzögerung folgt. Die Förderung des Wirtschaftswachstums ist entscheidend für die Arbeitsmarktentwicklung. Es dauert aber in der Regel einige Quartale, bis die Beschäftigung voll darauf reagiert.

³⁾ Es wurde für alle Länder auch die Gegenrichtung getestet Abgesehen von Irland, Spanien, Dänemark und Frankreich sind die Werte der *F*-Statistik nur für Finnland signifikant.

3.2 Bestimmungsgründe von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Das Wirtschaftswachstum ist die zentrale Determinante für die Beschäftigungsentwicklung, daneben spielen die Reallohnentwicklung und die Nachfragestruktur eine untergeordnete Rolle. Das sind die Hauptergebnisse einer Panel-Regression für Europa.

Übersicht 4: Ergebnisse der Panel-Regressionsgleichungen für Europa
Determinanten der Beschäftigung

| Endogene Variable: Beschäftigung | Modell (I) | Modell (II) | Modell (I) | Modell (II) |
|----------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| <i>Exogene Variablen:</i> | | | | |
| Beschäftigung ($t - 1$) | | 0,509** (11,39) | | 0,542** (11,56) |
| BIP | 0,444** (7,07) | 0,471** (11,06) | 0,461** (8,54) | 0,404** (9,32) |
| BIP ($t - 1$) | 0,312** (7,43) | | 0,348** (7,2) | |
| Reallöhne | -0,149** (-4,10) | -0,076** (-2,14) | -0,11** (-3,86) | -0,083** (-2,31) |
| Konsumquote | 0,292** (2,19) | 0,294** (3,19) | | |
| Exportquote | | | -0,093** (-2,29) | 0,003 (-0,20) |
| Konstante | -1,275** (-7,28) | | -1,212** (-5,68) | |
| R^2 | 0,71 | | 0,6 | |
| Langfristige Elastizität des BIP | 0,76 | 0,95 | 0,80 | 0,88 |

Q: WIFO-Berechnungen. – Werte der t -Statistik in Klammer. – ** zeigt Signifikanz auf dem 5%-Niveau an. Modell (I) ist ein statisches Panel und wurde mit einem Fixen-Effekte Schätzer (LSDV) geschätzt. Modell (II) ist ein dynamisches Modell und wurde mit dem korrigierten LSDV geschätzt.

Die den Schätzmodellen zugrunde liegende Datenbasis beruht auf einem Querschnitt über die EU 15 und einem Zeitraum von 13 Jahren (1992-2004). Auf Grund des starken Anstiegs der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren wird die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten gemessen. Nationale Faktoren werden durch länderspezifische Konstanten (fixe Effekte) berücksichtigt. Die endogene Variable ist die relative Veränderung der vollzeitäquivalenten Beschäftigten. Als Bestimmungsfaktoren werden das relative Wirtschaftswachstum, die relative Veränderung der Reallöhne sowie die absolute Veränderung des Anteils des Konsums bzw. der Exporte am BIP untersucht⁴⁾. Wie im vorhergehenden Teil beschrieben, passt sich die Beschäftigung zeitverzögert an das Wirtschaftswachstum an. Diese dynamische Entwicklung muss in den Schätzungen berücksichtigt werden. Für die Untersuchung werden zwei Modelle

⁴⁾ Relative Veränderungen werden in der Regression als Differenzen der logarithmierten Werte approximiert. Die dazugehörigen Regressionskoeffizienten können als kurzfristige Elastizitäten interpretiert werden. Die Koeffizienten für die absoluten Differenzen der Nachfragestruktur können als Semielastizitäten interpretiert werden.

geschätzt. Modell (I) ist ein statisches Panel mit fixen Effekten (LSDV), welches das um eine Periode verzögerte BIP Wachstum als zusätzliche erklärende Variable miteinbezieht. In Modell (II) wird ein dynamisches Panel mit dem korrigierten LSDV (LSDVc) geschätzt⁵⁾, wobei die verzögerte abhängige Variable zusätzlich als erklärende Variable eingesetzt wird. Die Koeffizienten der erklärenden Variablen sind in beiden Modellen sehr ähnlich. Die Ergebnisse sind in der Übersicht 4 zusammengefasst.

Im Schnitt über die EU-Länder zeigen die Schätzergebnisse hohe Werte sowohl für die kurzfristige, als auch für die langfristige Elastizität⁶⁾ der Beschäftigung auf das Wirtschaftswachstum. Bei konstanter – oder sich durchschnittlich über die Länder ausgleichender – Produktivitätssteigerung kann eine Wachstumssteigerung zur Gänze in einen Anstieg der Beschäftigung umgesetzt werden. Gemäß den Regressionsergebnissen führt eine zusätzliche Steigerung des BIP um 1% – je nach Modelltyp – im Durchschnitt über die EU-Länder zu einem zusätzlichen Anstieg in der Beschäftigung um 0,7% bis 0,9%. Eine Studie der ECB (2004) zur Entwicklung der Beschäftigung im Euro-Raum findet in einer vergleichbaren Panelregression ähnlich hohe Beschäftigungselastizitäten. Wie aus Übersicht 4 hervorgeht, liegt die kurzfristige marginale Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums bei rund 0,5%. Bei einem zusätzlichen Wachstum von 1% des BIP in den EU Ländern, reagiert die Beschäftigung im selben Jahr durchschnittlich über die Länder mit einem Anstieg von 0,5%. Die Koeffizienten sind hier im Panel höher als in vergleichbaren Schätzungen für Österreich (siehe WIFO Makromodell).

Im Vergleich zum BIP zeigen die Entwicklung der Reallöhne und jene der Nachfragestruktur einen relativ geringen Effekt auf die Beschäftigung (bei gegebenem Wirtschaftswachstum). Der Anteil des Konsums am BIP hat in beiden Modellen einen signifikant positiven Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung, ein Anstieg der Konsumquote um 1 Prozentpunkt führt im Durchschnitt über die EU-Länder zu einer Beschäftigungssteigerung von rund 0,3%. Wird bei gleich bleibender Wirtschaftsleistung die Nachfragestruktur geändert und der Konsum durch eine verstärkte Exporttätigkeit kompensiert, so wirkt sich dies negativ auf das Beschäftigungswachstum aus, der Effekt ist jedoch gering. Auf Grund der geringeren Arbeitsintensität der Ausfuhren zeigt sich der Konsum im Durchschnitt über die EU-Länder beschäftigungsintensiver als die Außenwirtschaft. Der positive Einfluss zusätzlicher Ausfuhren (im Gegensatz zu einer Umschichtung zwischen den Nachfrageaggregaten) auf das Wachstum (und in weiterer Folge auf die Beschäftigung) geht in diese Regression nicht ein. Der Koeffizient der realen Löhne ist in der untersuchten Stichprobe in allen Modellen signifikant negativ, aber gering. Ein Zurückbleiben der Reallöhne um 1% führt im Schnitt über die EU-Länder zu einer zusätzlichen Steigerung der Beschäftigung um 0,1%. Hier bleibt auf kurze Sicht der Einfluss auf das BIP-Wachstum

⁵⁾ Der korrigierte LSDV (LSDVc) wird verwendet um den Nickel Bias welcher bei kurzen dynamischen Panelen auftritt zu approximieren und zu korrigieren, siehe *Kiviet* (1995).

⁶⁾ Die langfristige Elastizität ergibt sich in Modell (I) aus der Summe der kurzfristigen Elastizität plus allen signifikanten Verzögerungen. In Modell (II) wird sie aus dem Verhältnis der kurzfristigen Elastizität und 1 minus dem Koeffizienten der verzögerten Beschäftigung berechnet.

außer Betracht: die positiven Einkommenseffekte einer Lohnanhebung (auf den Konsum und somit auf das Wirtschaftswachstum und wieder folgend auf die Beschäftigung) werden in den Panelschätzungen durch den kosteninduzierten negativen Beschäftigungseffekt kompensiert. Statt den Reallöhnen wurde auch versucht, die realen Lohnstückkosten, welche eine Relation zur Produktivität darstellen, als exogene Variable in das Modell zu integrieren, doch der Erklärungsgehalt erwies sich als nicht signifikant.

*Übersicht 5: Ergebnisse der Panel-Regressionsgleichungen für Europa
Determinanten der Beschäftigung (Erweitertes Modell)*

| Endogene Variable: Beschäftigung | Modell (I) | Modell (II) | Modell (I) | Modell (II) |
|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| <i>Exogene Variablen:</i> | | | | |
| Beschäftigung ($t - 1$) | | 0,513** (11,59) | | 0,552** (11,95) |
| BIP | 0,674** (8,43) | 0,571** (9,1) | 0,601** (7,99) | 0,553** (8,43) |
| BIP ($t - 1$) | 0,339** (9,26) | | 0,364** (8,61) | |
| Reallöhne | -0,182** (-4,58) | -0,088** (-2,50) | -0,133** (-4,03) | -0,095** (-2,70) |
| Konsumquote | 0,192 (1,55) | 0,251** (2,74) | | |
| Exportquote | | | -0,049 (-1,89) | 0,022 (-0,52) |
| BIP ² | -0,036** (-4,33) | -0,016** (-2,11) | -0,024** (-2,82) | -0,021** (-2,70) |
| Konstante | -1,511** (-9,75) | | -1,33** (-7,05) | |
| R^2 | 0,74 | | 0,61 | |
| Durchschnittliche Elastizität des BIP ¹⁾ | 0,602 | 0,539 | 0,553 | 0,489 |

Q: WIFO-Berechnungen. – Werte der t -Statistik in Klammer. – ** zeigt Signifikanz auf dem 5%-Niveau an. Modell (I) ist ein statisches Panel und wurde mit einem Fixen-Effekte Schätzer (LSDV) geschätzt. Modell (II) ist ein dynamisches Modell und wurde mit dem korrigierten LSDV geschätzt. – ¹⁾ Durchschnitt der an verschiedenen Punkten gemessenen Elastizitäten.

Der Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die Beschäftigung ist nicht notwendigerweise linear, sondern kann auch eine konkave Form annehmen. Bei niedrigem Wirtschaftswachstum ist die Reaktion der Beschäftigung höher – wohl wegen des Andrangs reichlich verfügbarer Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. Bei hohem Wachstum flacht die Beschäftigungsreaktion ab, weil die Arbeitskräfte immer knapper werden und eine Beschäftigungsausweitung deshalb schwerer möglich ist. In dieser Situation steigt die Produktivität somit stärker durch vermehrte Überstunden und höhere Arbeitsintensität. Dieser Effekt wird in den Regressionen mit dem quadrierten BIP-Wachstum als zusätzliche exogene Variable berücksichtigt⁷⁾. Der negative

⁷⁾ Ein höherer R^2 -Wert in der Schätzung unterstützt den Erklärungsgehalt der zusätzlichen Variablen, Probleme können durch Multikollinearität auftreten. Doch in diesem Fall wurde keine signifikante Korrelation zwischen den erklären-

Koeffizient bestätigt die konkave Form. Übersicht 5 zeigt die Ergebnisse aus dem erweiterten Modell. Die durchschnittliche Elastizität des BIP-Wachstums auf die Beschäftigung ist im erweiterten Modell höher als die Koeffizienten des BIP Wachstum aus dem linearen Zusammenhang in Übersicht 4. Die weiteren exogenen Variablen liefern ähnliche Koeffizienten.

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote wird neben der Dynamik des Wirtschaftswachstums von der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Schulungen, Förderungen, Flexibilisierung) beeinflusst. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und der Entwicklung der Arbeitslosenquote ist deshalb nicht so eng wie jener zwischen Wachstum und Beschäftigung (siehe Abbildungen 2 und 3). Dies wird aus den Ergebnissen der folgenden Untersuchung deutlich.

Wie bei der Beschäftigungsgleichung zuvor werden mit Hilfe einer statischen und einer dynamischen Panelregression – Modell (I) und Modell (II) respektive – für die Länder der EU 15 die Bestimmungsgründe der Veränderung der Arbeitslosenquote untersucht. Die folgende Übersicht 6 zeigt die Ergebnisse. Im Zentrum der erklärenden Größen stehen das Wirtschaftswachstum und die Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Erhöht sich diese um 1%, so steigt im Durchschnitt der EU-Länder die Arbeitslosenquote um rund 0,7 Prozentpunkte. Hier ist jedoch der Ursache-Wirkungszusammenhang nicht ganz geklärt. Besonders in kleinen Europäischen Ländern kann es auf Grund von Migration Rückwirkungen von der Situation am Arbeitsmarkt auf die Bevölkerungsentwicklung geben. Die Regressionskoeffizienten zeigen weiters, dass das Wirtschaftswachstum hohen Erklärungsgehalt für die Entwicklung der Arbeitslosenrate hat. Eine Erhöhung des BIP um 1% führt langfristig im Durchschnitt über die EU-Länder zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte. Analog zu den Ergebnissen der Beschäftigungsfunktion weist der beschäftigungsintensive Konsum einen dämpfenden Effekt auf die Arbeitslosenquote auf; ein Anstieg der Konsumquote um 1 Prozentpunkt führt zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote um rund 0,2 Prozentpunkte. Die Elastizität der Arbeitslosenquote in Bezug auf eine Veränderung des Exportanteils am BIP ist positiv, aber vernachlässigbar klein. Generell beeinflussen die konjunkturellen Größen die Veränderung der Arbeitslosigkeit etwas weniger stark als jene der Beschäftigung. Weiters zeigt die Analyse, dass auch Veränderungen der Reallöhne nur einen geringen Stellenwert für die Erklärung der Arbeitslosigkeit haben.

den Variablen gefunden. Auch ein χ^2 -Test lehnt die Hypothese, dass die Variablen zusammen nicht signifikant verschieden von 0 sind, mit einem p -Wert von 0 entschieden ab.

Übersicht 6: Ergebnisse der Panel-Regressionsgleichungen für Europa
Determinanten der Arbeitslosigkeit

| Endogene Variable: Arbeitslosenrate | Modell (I) | Modell (I) | Modell (II) |
|-------------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| <i>Exogene Variablen:</i> | | | |
| Arbeitslosenrate ($t - 1$) | | | 0,475** (-10,24) |
| BIP | -0,325** (-8,11) | -0,319** (-7,91) | -0,211** (-9,27) |
| BIP ($t - 1$) | -0,168** (-4,45) | -0,165** (-4,60) | |
| Bevölkerung | 0,76** (5,37) | 0,839** (5,78) | 0,672** (6,40) |
| Reallöhne | 0,029 (1,35) | 0,049** (2,17) | 0,043 (1,79) |
| Konsumquote | -0,263** (-2,99) | | |
| Exportquote | | 0,072** (3,25) | |
| Konstante | 0,852** (7,82) | 0,749** (7,03) | |
| R^2 | 0,61 | 0,61 | |
| Langfristige Elastizität des BIP | 0,47 | 0,47 | 0,40 |

Q: WIFO-Berechnungen. – Werte der t -Statistik in Klammer. – ** zeigt Signifikanz auf dem 5%-Niveau an. Modell (I) ist ein statisches Panel und wurde mit einem Fixen-Effekte Schätzer (LSDV) geschätzt. Modell (II) ist ein dynamisches Modell und wurde mit dem korrigierten LSDV geschätzt.

Resümee: Ein hohes Wirtschaftswachstum ist eine wichtige Voraussetzung, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Während in erster Linie die Höhe des Wirtschaftswachstums entscheidend für den Verlauf der Beschäftigung ist, geht die Veränderung der Arbeitslosenquote neben dem Wachstum zusätzlich auf die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurück. Eine Gewichtung der Regressionskoeffizienten an Hand der Dynamik der exogenen Variablen zeigt, dass das Wirtschaftswachstum rund zwei Drittel der Varianz der Beschäftigung und etwa die Hälfte der Varianz der Arbeitslosenquote im Euro-Raum "erklären" kann. Die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter "erklärt" etwa 15% der Varianz der Arbeitslosigkeit. Der Einfluss der Reallöhne und der Entwicklung der Nachfragestruktur auf die Varianz von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist vernachlässigbar gering.

Unterstellt man weiters einen nichtlinearen Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung, so erhält man das Ergebnis, dass die induzierte Beschäftigungsreaktion bei einer höheren BIP-Wachstumsrate etwas zurückgeht.

3.3 Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen für Österreich

Das Wachstum muss erst bestimmte Schwellenwerte übersteigen, ehe die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Diese Schwellenwerte werden hier mit Hilfe eines Zeitreihen- sowie eines Regressionsansatzes für Österreich ermittelt.

Als Beschäftigungsschwelle bezeichnet man jenes Wirtschaftswachstum, das notwendig ist um die Beschäftigung (oder das Arbeitsvolumen) konstant zu halten. Analog dazu bezieht sich die Arbeitslosigkeitsschwelle auf jene kritische BIP-Wachstumsrate, bei der die Arbeitslosenquote unverändert bleibt. Dieses Konzept ist sehr gefragt, aber auch umstritten. Denn die Schwellenwerte sind keine fixen Größen, sondern sie schwanken im Zeitverlauf. Im Konjunkturverlauf variieren sie kurzfristig mit dem Auslastungsgrad. Bei steigender Kapazitätsauslastung nimmt die Produktivität zu, damit wird die Beschäftigungsschwelle höher. In Rezessionsjahren liegt die Beschäftigungsschwelle deutlich niedriger. Längerfristige strukturelle Veränderungen der Wirtschaft (z. B. sektoraler Strukturwandel oder eine Änderung der Kapitalintensität) können zu systematischen Veränderungen der Beschäftigungsschwellen führen. Kritiker des Konzeptes merken weiters an, dass die Schwellenwerte durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (oder auch durch eine Arbeitszeitverkürzung) verringert werden könnten. Die Entwicklung in der Vergangenheit sage also wenig über die Zukunft aus.

Die empirische Ermittlung der Beschäftigungsschwelle stützt sich auf das Gesetz von *Verdoorn* (1980), das eine lineare Beziehung zwischen dem Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum herstellt⁸⁾. Die Beschäftigung in einer Volkswirtschaft kann nur dann steigen, wenn die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion über dem Produktivitätsfortschritt der Arbeit liegt. Dieser wird hier als BIP-Wachstum je unselbständig aktiv Beschäftigten berechnet und liefert einen Richtwert für die Beschäftigungsschwelle. Durch den deutlichen Anstieg der Beschäftigung seit dem Jahr 2000 hat sich die Zunahme der Arbeitsproduktivität im Zeitverlauf verlangsamt. Der Anstieg der unselbständig aktiv Beschäftigten wurde stark von der vermehrten Zunahme der Teilzeitbeschäftigung beeinflusst. Eine Umrechnung der Arbeitsproduktivität auf vollzeitaquivalent Beschäftigte ist deshalb aussagefähiger. Untersucht man die Produktivitätssteigerung, so zeigt sie zyklische, saisonale sowie irreguläre Schwankungen. Um daraus Informationen für die Bestimmung der Beschäftigungsschwelle ziehen zu können, werden mit einem Filter alle hochfrequenten Schwingungen der Zeitreihe eliminiert und ein glatter nichtlinearer Trend bestimmt. Es wird die für Quartalswerte übliche Einstellung ($\lambda = 1600$) für den HP-Filter gewählt, so dass alle Schwingungen mit einer Dauer von unter 32 Quartalen entfernt werden.

⁸⁾ Das Verdoorn'sche Gesetz besagt, dass das Produktivitätswachstum linear vom Wirtschaftswachstum abhängt. Die Steigerung der Produktivität ist die Differenz aus den Wachstumsraten der Produktion und Beschäftigung. Somit ergibt sich eine lineare Beziehung zwischen dem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Diese kann mit Hilfe eines Regressionsansatzes untersucht werden, um eine Aussage über den Schwellenwert zu treffen. Das Gesetz setzt jedoch voraus, dass das Wachstum der Produktion jenem des Kapitals entspricht.

Diese Zeitreihenuntersuchung ergibt für Österreich eine relativ stabile mittelfristige Beschäftigungsschwelle, gemessen in Vollzeitäquivalenten, von knapp 2%. Dies zeigt sich für jene Perioden mit einem Wirtschaftswachstum von gut 2%. (Bei einem Wachstumstrend von 3% bzw. 1% liegt der Schwellenwert entsprechend höher bzw. niedriger.) Infolge der starken Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung ist die Schwelle der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Umrechnung auf Vollzeit) wesentlich niedriger (etwa 1½%). Diese Kennzahl hat jedoch geringe Relevanz, weil sie wenig mit dem Arbeitsvolumen zu tun hat. Die Ergebnisse sind in Übersicht 8 zusammengefasst.

Zusätzlich wurde die Beschäftigungsschwelle für den Untersuchungszeitraum 1995-2005 auch mit Hilfe eines Regressionsansatzes ermittelt. Die durchschnittliche BIP Wachstumsrate betrug über diese Zeit 2,2%. Dieser Ansatz liefert ein ähnliches Resultat wie die oben beschriebene Zeitreihenanalyse bei einem Wachstumstrend von rund 2%. In einer Kleinstquadrat-Schätzung wird die Änderung der unselbständig aktiv Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) auf das Wirtschaftswachstum sowie auf eine Konstante regressiert. Um aus den Schätzergebnissen den Wert für die Beschäftigungsschwelle zu erhalten, wird der Anstieg der Beschäftigung Null gesetzt und der Schwellenwert folgt aus dem Verhältnis der Koeffizienten $-a/\beta$ mit 1,9. Ein Bestimmtheitsmaß von 0,4 weist jedoch auf einen geringen Erklärungsgehalt der exogenen Variablen hin. Übersicht 7 zeigt das Ergebnis der Regression.

*Übersicht 7: Beschäftigungsschwelle für Österreich (Vollzeitäquivalent)
Regressionsansatz*

| | |
|---|------------------|
| Endogene Variable: Beschäftigung vollzeitäquivalent | 1995-2005 |
| Exogene Variablen: | |
| Konstante (α) | -0,61 (-3,74) |
| BIP (β) | 0,326 (4,96) |
| R^2 | 0,4 |
| Beschäftigungsschwelle | 1,87 |

Q: WIFO-Berechnungen. – Werte der t -Statistik in Klammer.

Beide Methoden liefern bezogen auf Vollzeitarbeitsplätze eine Beschäftigungsschwelle von knapp 2%. Dies gilt für ein mittelfristiges Wirtschaftswachstum von gut 2%. Die Arbeitslosigkeitsschwelle liegt in Österreich mittelfristig bei diesem Wachstum bei knapp 2,5%. Sie setzt sich zusammen aus der Beschäftigungsschwelle und dem Anstieg des Arbeitskräfteangebots, der in den letzten Jahren bei etwa ½% lag.

Übersicht 8 fasst die Ergebnisse der Zeitreihenanalyse für die Arbeitslosen- und Beschäftigungsschwellen (in Vollzeitäquivalenten sowie in Beschäftigungsverhältnissen) unterteilt in drei Perioden zusammen. Der positive Zusammenhang mit den durchschnittlichen BIP Wachs-

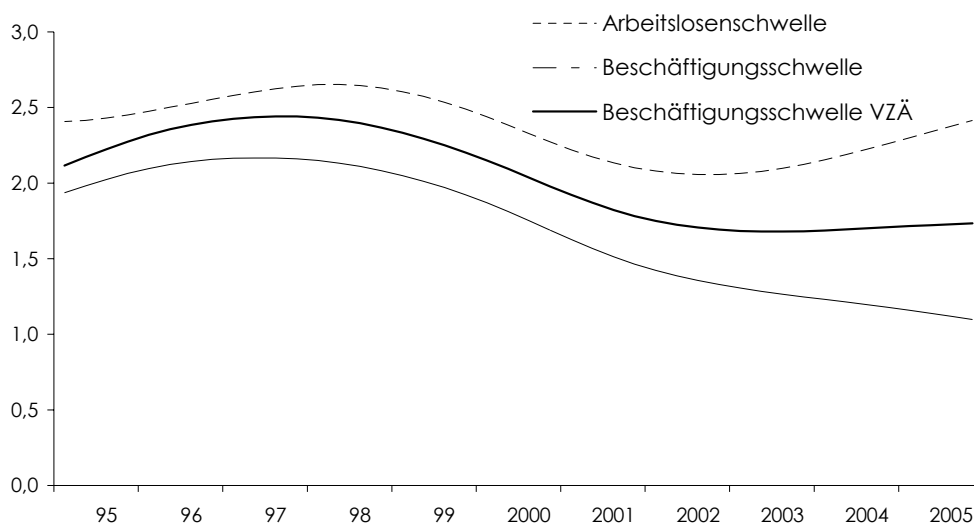
tumsraten ist deutlich erkennbar. Abschließend bildet die Abbildung 4 die Entwicklung der Reihen im Zeitverlauf von 1995 bis 2005 ab. Bedingt durch die Arbeitsangebotschwankungen, ist der Verlauf der Arbeitslosenschwelle deutlich volatiler und zeigt seit dem Jahr 2003 einen erneuten Anstieg, während die Werte der Beschäftigungsschwellen in diesem Zeitraum annähernd konstant bleiben. Die beiden Reihen der Beschäftigungsschwellen verlaufen im Zeitverlauf größtenteils parallel, doch bedingt durch die vermehrte Zunahme von Teilzeitarbeitskräften kam es in den letzten Jahren zu einem Auseinanderlaufen.

Übersicht 8: Beschäftigungs- und Arbeitslosenschwellen für Österreich

| | Beschäftigungsschwelle | Beschäftigungsschwelle (Vollzeitäquivalent) | Arbeitslosenschwelle | BIP-Wachstum |
|-----------|------------------------|---|----------------------|--------------|
| 1995-2000 | 2,1 | 2,3 | 2,5 | 2,6 |
| 2000-2005 | 1,4 | 1,8 | 2,2 | 1,8 |
| 1995-2005 | 1,7 | 2 | 2,4 | 2,2 |

Q: WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Arbeitslosen- und Beschäftigungsschwellen



Q: WIFO-Berechnungen.

Resümee: Es ist kurz- bis mittelfristig für Österreich möglich, stabile Werte für die Beschäftigungsschwelle zu berechnen. Sie liegt bei knapp 2% (Vollzeit). Für wirtschaftspolitische Überlegungen ist es wichtig zu erkennen, dass die Beschäftigungsschwelle dem Produktivitätsfortschritt des Arbeitseinsatzes folgt. Eine steigende Produktivitätsentwicklung wird allgemein als wichtige Triebfeder für höheres Wirtschaftswachstum gesehen und es gilt als Zielsetzung diese

zu fördern. Doch das bedeutet gleichzeitig, dass es schwieriger wird, zusätzliches Wachstum in Beschäftigung umzusetzen.

4. Wirtschaftspolitische Überlegungen und Empfehlungen

4.1 Wachstums- und Konjunkturpolitik in der EU

Die EU ist politisch ein Erfolg, weil sie 50 Jahre Frieden in ihren Mitgliedsländern geschaffen bzw. erhalten hat⁹⁾. Die wirtschaftliche Bilanz der EU ist weniger einheitlich. Die ersten 35 Jahre der europäischen Integration sind ein beeindruckender Erfolg. Europa ist stärker gewachsen als die Weltwirtschaft und hat den Produktivitätsvorsprung der USA fast eingeholt. Europäische Firmen haben in der Luft- und Raumfahrt mit den USA gleichgezogen. Daimler-Chrysler ist erfolgreicher als die großen amerikanischen Autokonzerne. Die Arbeitslosenquote lag lange Zeit in Europa niedriger als in den USA.

Aber in den letzten 15 Jahren ist das Wachstum verflacht und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Eine Arbeitslosenquote von 8% (EU 15) bzw. 8,7% (EU 25) und eine Gesamtzahl der Arbeitslosen von 14 Mio. (EU 15) und 19 Mio. (EU 25) ist keine akzeptable Bilanz. Finanzanleger investieren heute lieber in den USA, weil dort die Renditen höher sind und die Firmen besser kontrolliert werden. Selbst europäische Firmen zögern bei jeder Kapazitätserweiterung in Europa. Gewinnerhöhungen, die in Europa erarbeitet werden, werden zur Absicherung des europäischen Standortes verlangt, benötigt und akzeptiert, nicht aber für Ausweitungen und Wachstum genützt. Die europäische Integration wird erst als wirtschaftlicher Erfolg zu werten sein, wenn die Einkommen auf breiter Front steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung Europas ist die Folge der asymmetrischen Nutzung von wirtschaftspolitischen Strategielinien. Die Wirtschaftspolitik der EU konzentriert sich auf die liberalisierende/deregulierende Komponente, sie wendet die makroökonomische Steuerung asymmetrisch an (mit stärkerer Betonung von Preisstabilität und Defizitabbau im Vergleich zur Wachstumsstabilisierung bzw. -forcierung), und sie vernachlässigt die dritte Komponente, nämlich die wachstumsfördernde.

Die deregulierende Komponente hat den Subventionsdschungel durchforstet (Förderungen reduziert und transparenter gemacht), den Förderwettbewerb für neue Ansiedelungen eingeschränkt, die Märkte geöffnet, den Wettbewerb intensiviert, den Strukturwandel beschleunigt, die Basis für europäische Exporterfolge geöffnet. Es ist ein Erfolg dass Europa weitgehend zu

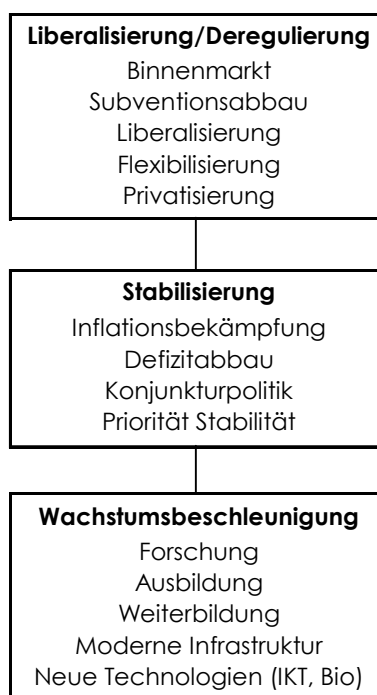
⁹⁾ Existierende Konflikte sind eingedämmt oder beseitigt (Nordirland, Slowakei-Ungarn, Nord-Südtirol, Kärnten-Slowenien), andere Konflikte und Menschenrechtsverletzungen werden mit Hoffnung auf einen EU-Beitritt abgemildert: Balkan, Türkei, Ukraine. Europa beginnt sich seiner Rolle zu besinnen und überlässt außenpolitisch nicht mehr alles den USA: Die EU beteiligt sich im Nahen Osten und im Iran an Friedensbemühungen und ist dabei mit mehr Sensibilität und weniger Kanonendonner unterwegs.

einem Binnenmarkt wurde (aus 15 bzw. 25 nationalen Märkten). Die liberalisierende/deregulierende Komponente für die Probleme verantwortlich zu machen wäre langfristig ein Fehler. Vielleicht hat sie einige Zehntelprozente Wachstum gekostet, aber selbst dies wäre eine gute Investition für langfristige Erträge. Kosten fallen rasch an, Erträge kommen später: "pain precedes gain". Ein segmentierter, subventionierter, kleinstaatlicher, kartellierter Wirtschaftsraum wäre kein Zukunftsmodell.

Als Ergänzung wären gerade in dieser Phase eine aktive Nachfragepolitik und eine Forcierung der Wachstumsfaktoren notwendig gewesen.

Die stabilitätspolitische Komponente war notwendig, weil die nationalen Regierungen die Defizite nicht in den Griff bekamen und weil Unterschiede in der lohnpolitischen und budgetpolitischen Permissivität die Einführung des Euro verhindert hätten. Die Schaffung einer Europäischen Zentralbank mit starker Unabhängigkeit als Hüter der Stabilität war wichtig. Auch gibt es in kaum einem Land heute Lohnsteigerungen über dem Produktivitätswachstum, wie es früher in südlichen Ländern aber auch in Großbritannien und Niederlanden und Frankreich der Fall war. Aber staatliches und kollektivvertragliches Kostenbewusstsein hat auch einen Nachfrageausfall zur Folge.

Abbildung 5: Strategielinien der Wirtschaftspolitik



Die aktive Komponente der langfristigen angebotsseitigen Wirtschaftspolitik ist die Forcierung von Investitionen, Forschung, Ausbildung. Sie ist unbedingt notwendig wenn man

- (i) die Wirtschaft einem Liberalisierungsschock aussetzt (Binnenmarktpolitik)

- (ii) ein (mittelfristig sinnvolles) Stabilitätspostulat erstmals einsetzt (Stabilitäts- und Wachstumspakt)
- (iii) eine Einkommensverteilung zulässt, bei der die niedrigen Einkommen wenig steigen und
- (iv) wenn man im Pensionssystem stärkere Eigenleistungen verlangt. Ohne aktive Wachstumspolitik dauert es solange bis Liberalisierung, Budgetdisziplin, Erholung der Gewinne einen Innovations- und Wachstumsschub auslösen. Ein Zusammenbruch der Erholung ist die Folge, kurzfristige Schwankungen um einen geringen Wachstumspfad werden eintreten, zunehmende Unsicherheit verringert Spar- und Investitionsquote.

Es ist wichtig, zwei grundlegend verschiedene Perioden der Wirtschaftsentwicklung zu unterscheiden: eine Phase der Unterauslastung der maschinellen und Arbeitskapazitäten und eine Phase der Vollauslastung mit Tendenz zu Knappheiten, insbesondere an Arbeitskräften.

Für jede dieser Perioden sind unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien erforderlich. Was für die eine Periode ein geeignetes wirtschaftspolitisches Instrument darstellt, ist für die andere Periode inadäquat und sogar nachteilig. Eine Steigerung der Nachfrage, z. B. der Infrastrukturinvestitionen, in einer Boomperiode wirkt kontraproduktiv, sie führt zu Preiserhöhungen und Überinvestitionen. Ebenso kontraproduktiv wirkt aber auch eine Angebotssteigerung bei Unterauslastung der Kapazitäten (Nachfragemangel) – etwa durch Erhöhung des Arbeitskräfteangebots (Zuwanderung und Steigerung der Beschäftigungsquoten) sowie Produktivitätssteigerungen durch Liberalisierung und Flexibilisierung.

Die makroökonomische Steuerung ist durch einige Rahmenbedingungen in den letzten zehn Jahren schwieriger geworden:

- Integration, Globalisierung und Öffnung der nationalen Volkswirtschaften senken die Effektivität der nationalen Fiskalpolitik (Sickereffekte), wenn sie nicht über Landesgrenzen koordiniert wird.
- Das Fehlen von Budgetüberschüssen am Beginn von Abschwächungsphasen und die gestiegene Staatschuldenquote relativ zur Wirtschaftsleistung haben den Expansionspielraum in der Rezession reduziert.
- Die gemeinsame Geldpolitik in der Eurozone verlangt, dass diese nach dem Durchschnitt der Wirtschaftslage konzipiert wird. Zusätzlich orientiert sie sich oft an der Inflationsrate in den weniger preisstabilen Mitgliedstaaten. Das erhöht die Realzinsen in den preisstabilen Ländern. Wenn zusätzlich dem Ziel der Geldwertstabilität ein höheres Gewicht gegeben wird als dem Wirtschaftswachstum dann bremst die Geldpolitik das Wachstum zumindest mittelfristig. Dies ist aus der Zielfunktion der EZB verständlich. Sie betrachtet Preisstabilität als Voraussetzung für ein langfristiges Wachstum und musste den Ruf als preisstabilisierender Politikträger erst erwerben.

- Die Dauer der Wachstumsschwäche 2000 bis 2006 in Europa – mit ausgelöst durch die wenig wachstumsorientierte Makropolitik, aber auch ausgelöst durch eine vorübergehende Überinvestition in die Informationstechnologie – reduziert die Effektivität der Fiskalpolitik. Hohe Defizite, die nicht rasch zum Anspringen der Konjunktur führen (wie es der Keynesianismus erwartet und vergangene Konjunkturzyklen zeigten), belasten die Staatsfinanzen und der Nachfragepush durch steigende öffentliche Ausgaben und Defizite kann nicht mehr erhöht werden.
- Die Möglichkeit, die Konsumnachfrage durch Erhöhung der niedrigen Löhne und Verringerung der Einkommensdifferenzen (durch Transfers) zu reduzieren, ist durch die härtere Konkurrenz im Niedrigpreissektor geringer geworden, wenn auch der Beitrag zur Konsumnachfrage durch niedrige Einkommen besonders hoch wäre.

Diese "technischen" oder "institutionellen" Veränderungen in der Wirksamkeit der traditionellen Makropolitik können nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine offensivere, stärker wachstumsorientierte Makrosteuerung u. a. durch bessere Koordination zwischen den Ländern und durch Forcierung der Infrastrukturprogramme möglich gewesen wäre und möglich ist.

Für die zukünftige Wirtschaftspolitik schlagen wir vor, erstens auf der europäischen Ebene anzusetzen, zweitens die Koordinierung der Politik im regionalen Umfeld Österreichs stärker zu koordinieren und drittens, ein Österreich-spezifisches Wachstumspaket für die nächsten Jahre (inklusive der nächsten Konjunkturabschwächungsphase) zu erstellen. Selbst wenn ein Nachfragestimulierungspaket wegen seines kurzfristigen Beitrages zur Senkung der Arbeitslosigkeit geschnürt wird (und man es daher auch Konjunkturpaket nennen könnte), soll es primär Ausgaben enthalten, die das langfristige Wachstum begünstigen. Dies war großteils schon bei den letzten "Konjunkturpaketen" in Österreich der Fall.

Wesentliche Teile der Wirtschaftspolitik werden heute auf der europäischen Ebene bestimmt. Deshalb muss besonderes Augenmerk auf die EU-Politik und ihre Verbindung zur nationalen Politik gelegt werden. In den "Broad Economic Policy Guidelines" ist die wirtschaftspolitische Strategie der EU festgelegt. Sie umfassen heute alle drei Politiklinien: erstens die angebotsseitigen Strukturreformen (Binnenmarkt, Liberalisierung, Arbeitsmarktreformen, Deregulierung, zweitens die makroökonomischen Rahmenbedingungen (Stabilitätspolitik, Nachhaltigkeit der Finanzen, Lohnentwicklung) und drittens die Politik zur Hebung des Wachstumspfades (Technologie, Forschung, Ausbildung, Weiterbildung).

Die Ausführung der Politik ist jedoch unterschiedlich geregelt. Binnenmarktpolitik wird durch Gesetze, Verordnungen und einklagbare Regeln durchgesetzt. Die Kontrolle der Haushaltsdefizite ist in den Leitlinien mit einem Bias in Richtung Stabilität definiert und wird auch im Wachstums und Stabilitätspakt asymmetrisch verfolgt (Sanktionen bei Defiziten). Die Aufgabe der Europäischen Zentralbank ist ganz überwiegend die Geldpolitik, ihre Unabhängigkeit ist im Maastricht-Vertrag niedergeschrieben. Die anhaltende Vernachlässigung der Wachstumskomponenten ist sanktionslos. Diese Asymmetrie war durch vergangene Erfahrungen mitverursacht (hohe Defizite, kein Schuldenabbau in der Hochkonjunktur, zögerliche Inflationsbe-

kämpfung in Südeuropa). Aber sie ist sicher auch von der Vorstellung vieler Ökonomen geprägt, dass niedrige Inflationsraten, ausgeglichene Budgets, moderate Lohnsteigerungen und deregulierte Arbeitsmärkte von selbst zu Wirtschaftswachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit führen würden (wegen des Sitzes der OECD in der Literatur "Paris-Consensus" genannt).

Es fehlt in der EU – im Gegensatz zu den USA und Großbritannien – ein Bekenntnis zu einer aktiven Konjunkturpolitik. Auch in Stagnationsperioden ist die Politik in der EU in hohem Maße um niedrige Inflationsraten und Budgetdefizite bemüht, sie hat einen "restriktiven Bias". In den USA, Großbritannien und Skandinavien funktioniert der "Pakt" zwischen Konjunktur- und Wachstumspolitik wesentlich besser. Kreditfinanzierte Ausgabenprogramme und massive Zinssenkungen werden zur Bekämpfung der Rezession eingesetzt. Im Konjunkturaufschwung werden dann Strukturreformen zur Ausweitung des "Potential Output" vorangetrieben. Die skandinavischen Staaten zeigen überdies, wie man auch mit EU-Institutionen und -Regeln akzeptable Erfolge erzielen kann.

Eine effiziente langfristige Wachstumspolitik, ergänzt durch eine antizyklische Konjunkturpolitik in Phasen niedriger Kapazitätsauslastung, ist zentral für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung. In der Lissabon-Strategie ist die langfristige Wirtschaftspolitik adäquat dargelegt, sie wird von einigen Staaten besser, von anderen weniger gut durchgesetzt. Das Manko der EU-Wirtschaftspolitik liegt in der mangelnden Akzeptanz der Konjunktur- und Nachfrageprobleme und in einer fehlenden effektiven antizyklischen Politik. In einer wirtschaftlichen Schwächeperiode sollte die effektive Nachfrage durch Vorziehen öffentlicher Investitionen und andere Maßnahmen angekurbelt werden. Sobald die Kapazitäten voll ausgelastet sind, treten angebotspolitische Maßnahmen in den Vordergrund. Sie sollen die Kapazitätsgrenzen der Wirtschaft immer weiter hinausschieben.

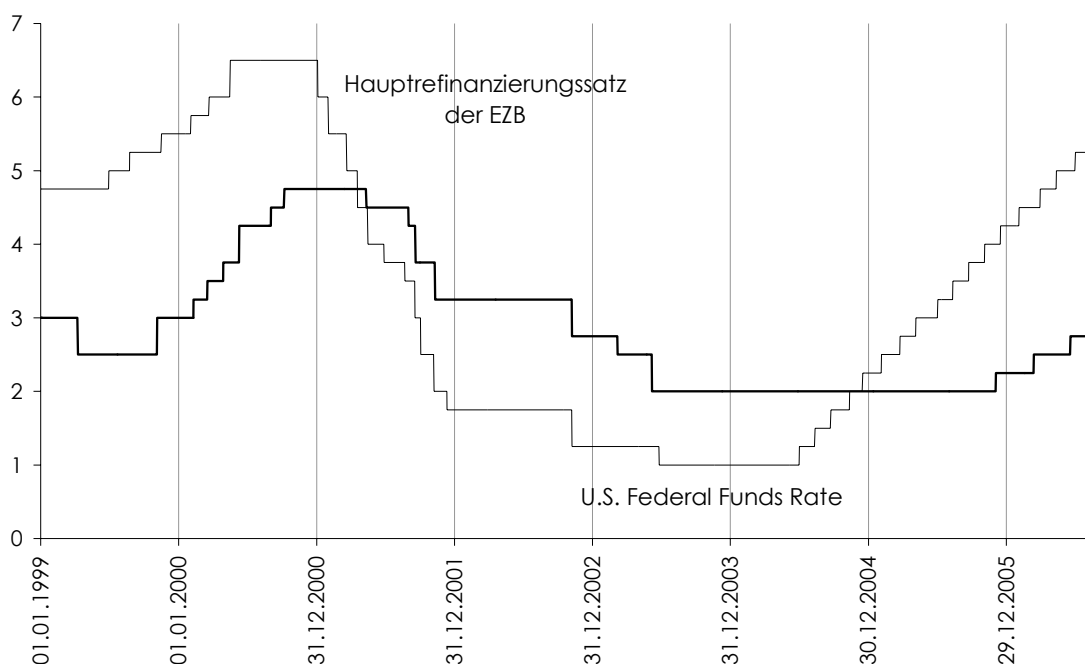
4.2 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank

Wenn die Fiskalpolitik in der Rezession keine expansive Rolle übernimmt, dann kommt der Zinspolitik eine noch wichtigere Rolle zu, um die Wirtschaft aus einer kurz- oder mittelfristigen Schwächeperiode zu steuern. Hier war es ein Problem, dass die EZB als neue Institution erst den Ruf als strenger Wächter über die Preisdisziplin erwerben musste. Die Senkung der Zinssätze in den Jahren 2001 bis 2005 hatte zweifellos expansive Wirkung, aber nur in begrenztem Ausmaß. Die Senkung der Zinssätze erfolgte später als in den USA und in geringerem Umfang. Gleichzeitig reagiert jedoch die Nachfrage – insbesondere der Wohnbau – im Euro-Raum schwächer auf Zinssenkungen als im angelsächsischen Bereich (siehe IMF, 2004). Um den gleichen Effekt zu erzielen, müsste also eine Zinssenkung im Euro-Raum stärker ausfallen als in den USA.

Resümee: Wenn sich eine antizyklische Strategie ausschließlich auf die Geldpolitik stützen will, dann muss diese besonders aktiv agieren und die Finanzmärkte ähnlich wie in den USA gestalten, sodass die Nachfrage nach Hypothekar- und Konsumkrediten rasch auf Veränderungen der Zinssätze reagiert. Das ist in Kontinentaleuropa nicht der Fall. Die Europäische Zent-

ralbank hat sich ein sehr ehrgeiziges Inflationsziel gesetzt (2%), das einer expandierenden Wirtschaft relativ wenig Spielraum gibt. Die außergewöhnliche Preissteigerung bei Öl wurde aus dem Inflationsindikator nicht herausgerechnet (was bei der Verwendung der "core inflation" der Fall wäre). Das Ziel einer höheren Wachstumsrate sollte – statutengemäß wenn das Inflationsziel nicht gefährdet ist – bei der Zinsfestsetzung stärker beachtet werden.

Abbildung 6: Zinssatz von EZB und Fed
In %



Q: EZB, Federal Reserve Board.

4.3 Budgetpolitische Vorstellungen in der EU

Die Wirtschaftspolitik der EU ist langfristig auf ein ausgeglichenes Budget ausgerichtet. Das ist ein hochgestecktes, aber richtiges Ziel. Denn die Zinsenlast muss letztlich von allen Steuerzahlern getragen werden und engt den Spielraum für zukunftsorientierte Maßnahmen ein. Das Ziel eines ausgeglichenen Budgets wird aber nur erreichbar sein, wenn die Wirtschaft ausreichend wächst.

Nach den EU-Leitlinien soll die Budgetpolitik auch in einer Rezession nicht vom Prinzip einer "gesunden Finanzierung" abweichen. In Defizitländern soll das strukturelle Defizit auch in einer Stagnationsphase verringert werden. Während die USA ihr hohes Budgetdefizit bewusst zur Konjunkturankurbelung herbeiführten, "erlitten" die Länder des Euro-Raum ihre Defizite durch die anhaltend schlechte Konjunktur: Zwischen 2001 und 2005 hat sich der Budgetsaldo im

Euro-Raum trotz der Konsolidierungsanstrengungen um 0,5% des BIP verschlechtert. Das strukturelle Defizit wurde um 0,7% des BIP verringert worden, die konjunkturelle Komponente des Defizits stieg jedoch um 1,2% des BIP. In Deutschland war die Entwicklung ähnlich wie im Euro-Raum (siehe Übersicht 9).

Der Unterschied zu den USA ist gravierend: Dort wurde das Defizit durch aktive konjunktursta-bilisierende Maßnahmen (einschließlich Finanzierung der nationalen Sicherheit und der Kriegsführung) herbeigeführt, die konjunkturelle Komponente hatte im Zeitraum 2001 bis 2005 keinen Einfluss. In den USA geht das Budgetdefizit nun im Konjunkturaufschwung (mehrjährige Wachstumsphase mit mehr als 3%) rasch zurück. Im Euro-Raum sinkt es trotz der Stabilisierungsmaßnahmen nur langsam.

Eine lange konjunkturelle Schwächephase führt unweigerlich zu steigenden Budgetdefiziten. Die Änderung des Stabilitätspakts stellt eine späte Anerkennung dieser wirtschaftlichen Realität dar.

Der Stabilitätspakt wurde insofern gelockert, als das mittelfristige Budgetziel von Schuldenstand und Wachstumspotential abhängig gemacht wurde, Strukturverbesserungen werden angerechnet und Defizitreduktionen in guten Konjunkturphasen werden gefordert und eingemahnt.

Diese Veränderungen reduzieren die bisherige Asymmetrie der europäischen Fiskalpolitik. Die Symmetrie sollte noch in die wirtschaftspolitischen Leitlinien eingebaut werden, in denen heute die makroökonomischen Leitlinien noch immer mehr die fiskalische Stabilität als das nachhaltige Wachstum betonen.

Der harten Koordination der restriktiven Fiskalziele steht keine Einmahnung der Wachstums- und Beschäftigungsziele gegenüber (und keine Sanktionen). Dies ist bezüglich der Outputziele verständlich (Wachstum und Beschäftigung können in einer Marktwirtschaft mit offenen Grenzen nicht durch Gesetzesbeschluss oder Regierungswillen erreicht werden). Nicht gerechtfertigt ist, dass auch die langjährige Missachtung von Inputzielen (Forschungsausgaben von 3%, höhere Dotation der Universitäten usw.) sanktions- und fast auch kommentarlos hingenommen wird. Die Forschungsausgaben der EU 15 stagnieren seit einem Jahrzehnt bei 2%. Ein Erreichen der aktiven Ziele der Lissabonstrategie könnte auch durch Bonus bei den Beitragszahlungen der Mitglieder berücksichtigt werden.

Die Verbesserung der Qualität der Staatsfinanzen (Umschichtung zu wachstumswirksamen Ausgaben auf EU-Ebene) sollte ebenfalls noch verstärkt werden.

Die Wachstumsziele und das Erreichen der Lissabonziele sollten auch – innerhalb der statutari-schen Aufgabe – in die Politik der EZB eine Aufnahme finden.

Die Infrastrukturprogramme sollten forciert werden und für den Fall einer Abschwächung eine Vorverlegung/Beschleunigung der Vorhaben geplant werden.

Der EU-Finanzrahmen könnte, statt über Jahre gleiche Ausgaben vorzusehen, mit einer konjunkturellen Komponente ausgestattet werden (Vorziehen, Vorfinanzierung).

Die Europäische Investitionsbank sollte in eine konjunkturstabilisierende und wachstumsorientierte Strategie stärker einbezogen werden.

Die Erträge einer geplanten und zu forcierenden europäischen Steuer (auf Flugbenzin, Finanztransaktionen, . . .) könnten auch antizyklisch eingesetzt werden.

Resümee: Im Maastricht-Konzept sollte die Reaktion auf konjunkturelle Einbrüche stärker berücksichtigt werden. Die konjunkturelle Gegensteuerung ist eine wichtige wirtschaftspolitische Maßnahme, sie ist besonders erfolgreich, wenn es alle Länder eines Wirtschaftsraumes gleichzeitig tun, wenn die Geldpolitik eine Unterstützung bietet, und wenn die Märkte effizient sind.

Übersicht 9: Strukturelle und konjunkturelle Budgetdefizite

| | USA | Euro-Raum Veränderung 2001-2005 in % des BIP | Deutschland |
|--------------------------------|-------|---|-------------|
| Strukturelle Komponente | - 3,3 | + 0,7 | + 0,3 |
| Konjunkturelle Komponente | - 0,1 | - 1,2 | - 0,8 |
| Finanzierungssaldo des Staates | - 3,4 | - 0,5 | - 0,5 |

Q: Eurostat, OECD. Minus bedeutet Defizitausweitung.

4.4 Lohnpolitik und Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum

Vor der Einführung des Euro wurde vielfach darauf hingewiesen, dass größere Lohnflexibilität in den Ländern mit relativ hoher Inflation das Wechselkursinstrument ersetzen müsse. Das ist in den letzten zehn Jahren jedoch nicht geschehen.

Die Einführung des Euro hat den Mitgliedsländern der Eurozone viele Vorteile gebracht. Das immanente Problem der unterschiedlichen Kosten- und Preisentwicklung, die nun nicht mehr durch Abwertungen ausgeglichen werden kann, ist jedoch noch nicht gelöst worden. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der meisten südeuropäischen Länder hat sich seit 1995 infolge höherer Lohn- und Preissteigerungen sowie mäßiger Produktivitätsfortschritte stark verschlechtert. In Italien sind die Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung seit 1995 um 45% gestiegen, in Spanien um 20%. Dagegen sind die industriellen Lohnstückkosten in Irland und Österreich um 20%, in Deutschland um 14% gesunken. Das Leistungsbilanzdefizit Spaniens beträgt heuer etwa 9% des BIP. Das kann zwar innerhalb des Euro-Raums ohne Probleme finanziert werden, aber die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit in den Ländern Südeuropas geht von Jahr zu Jahr weiter.

Angesichts der außerordentlich niedrigen Lohn- und Preissteigerungen in Deutschland wird es viele Jahre dauern, bis sich diese Verschiebungen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wieder einigermaßen ausgleichen lassen.

Resümee: Lohnpolitik ist Sache der Tarifpartner und schwer international koordinierbar. Aus ökonomischer Sicht wäre jedoch eine ansatzweise internationale Koordination der Lohnpolitik in der Währungsunion sinnvoll, die allen Ländern des Euro-Raums hinreichende preisliche Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Die stabilitätsorientierten Länder können sich einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik annähern. Dagegen sollten die Löhne in den Ländern Südeuropas in den kommenden Jahren langsamer steigen als in Deutschland und Österreich, um die (verlorene) preisliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder wiederherzustellen.

Mit der Euro-Einführung in den Ländern Ost-Mittleuropas bahnen sich ähnliche Probleme an, wie sie die Süderweiterung im letzten Jahrzehnt hervorrief. Der starke Rückgang der Realzinsätze führt zunächst zu einer kräftigen Belebung der Inlandsnachfrage mit entsprechenden Lohn- und Preissteigerungen, die dann nicht mehr durch eine Abwertung ausgeglichen werden können. Wenn die Währungen bei der Euro-Einführung unterbewertet sind, ist dieses Problem weniger gravierend.

Übersicht 10: Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung

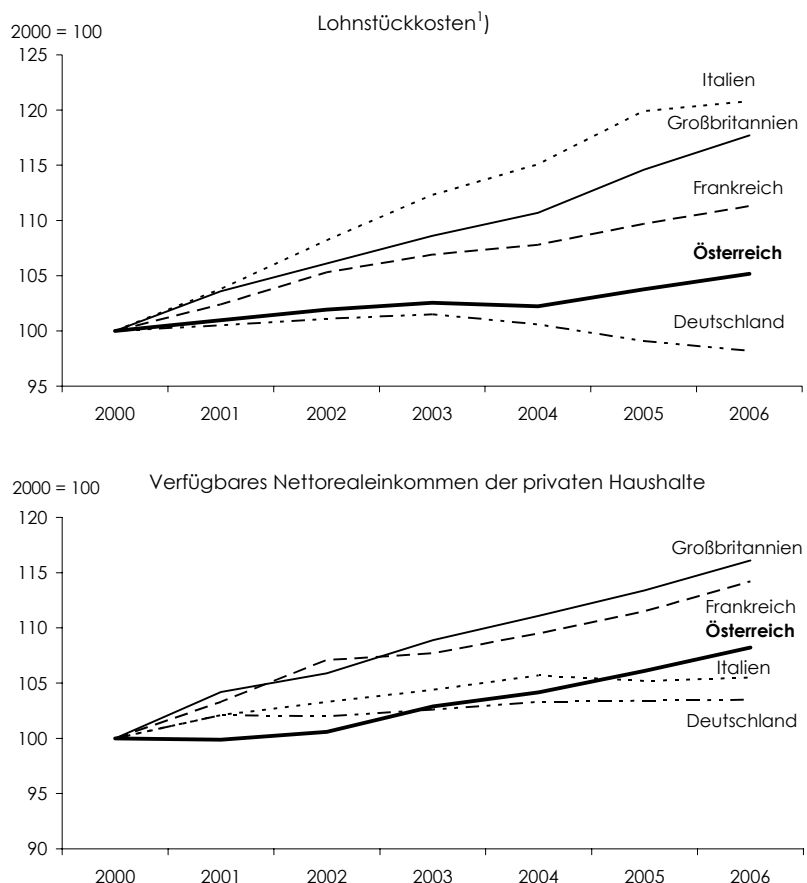
| | Veränderung 1995-2005 in % |
|--------------|----------------------------|
| Österreich | - 20,6 |
| Irland | - 20,1 |
| Deutschland | - 13,5 |
| Finnland | - 8,6 |
| Belgien | - 5,6 |
| Frankreich | - 2,9 |
| Niederlande | + 8,7 |
| Griechenland | + 16,9 |
| Spanien | + 19,8 |
| Portugal | + 24,1 |
| Italien | + 45,5 |

Q: WIFO-Berechnungen.

In Deutschland verbesserte sich die Lohnstückkostenposition, weil die Löhne nur moderat erhöht wurden und die Unternehmen stark rationalisierten bzw. Arbeitskräfte abbauten. Die Senkung der Lohnstückkosten in Deutschland hat nicht den von vielen Ökonomen erhofften Erfolg auf dem Arbeitsmarkt gebracht. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erfolgte teilweise zu Lasten der Haushaltseinkommen. Die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte sind in Deutschland seit 2000 nicht gestiegen (siehe Abbildung 7). Hier liegt neben dem "Angstsparen" eine Ursache für die schwache Entwicklung der Inlandsnachfrage in Deutschland. In Großbritannien und Frankreich sind die verfügbaren Einkommen dagegen deutlich gewachsen.

In Österreich sind die Lohnstückkosten weniger gestiegen als in den großen europäischen Ländern (mit Ausnahme von Deutschland). Gleichzeitig haben sich die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte moderat erhöht (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7: Lohnstückkosten und verfügbares Nettoeinkommen der privaten Haushalte in den vier größten Ländern der EU und in Österreich



Q: OECD, Statistik Austria. 2006: Prognose. – ¹⁾ In nationaler Währung.

4.5 Lissabon-Prozess

Die Lissabon-Strategie stellt zweifellos einen Fortschritt dar. Sie betont Wachstum, Produktivität und Beschäftigung sowie Investitionen in Forschung und Bildung. Der Lissabon-Prozess bildet somit ein positives Gegengewicht gegen das eher restriktive Maastricht-Konzept. Ausgaben zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums erhöhen das Wachstumspotential eher langfristig, ihr Beitrag zur Stabilisierung der Nachfrage ist auch kurzfristig (und wenn Forschungs-, Bildungsausgaben und Infrastruktur eine geringere Importquote haben, so ist ihr Multiplikator auch größer). Die Wirtschaftspolitik sollte eine Ausgewogenheit zwischen

der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Steigerung der Inlandsnachfrage anstreben. Wenn die Gewinne der Unternehmen aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden, dann ist es wichtig, dass zumindest ein Teil in materielle und immaterielle Investitionen im Inland fließt oder via Direktinvestitionen im Ausland dem Headquarter zu Gute kommt.

Resümee: Eine Aufwertung des Wachstumsgedankens gegenüber den Stabilitätszielen wäre notwendig. In der Hierarchie der EU-Politik wird Liberalisierung am effizientesten durchgesetzt. Die Erreichung der vier Grundfreiheiten im Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr hat Gesetzescharakter. Das Inflationsziel kann von der EZB eigenständig durchgesetzt werden, und die Erreichung des Budgetziels wird durch Androhung von Sanktionen unterstützt ("harte Koordinierung"). Die offene "weiche" Koordinierung der Politik im Rahmen der Lissabon-Strategie stellt die unterste Stufe in der Hierarchie der EU-Politik dar. Die beiden Stabilitätsziele haben also im institutionellen Gefüge der EU Vorrang vor dem Wachstums- und Beschäftigungsziel. Die Reformen des Jahres 2005 haben das Problem etwas reduziert, die EZB hat den Ruf als stabilitätsorientiert erworben. Die Budgetlage ist in einigen Ländern besser.

4.6 Nationale und regionale Ebene

Die Vorstellung, dass ein erheblicher Teil der Wirtschaftspolitik sich von der nationalen Ebene auf die EU-Ebene verlagert hat, ist nur zum Teil richtig. Es wurden wirtschaftspolitische Entscheidungen auf die EU-Ebene verlagert. Sie betreffen aber großteils nur Rahmenentscheidungen, innerhalb derer der nationale Spielraum erhalten bleibt und oft sogar besser fokussiert werden kann. Geldpolitik wird für 12 der 25 EU-Länder in der EZB gemacht. Dies lenkt im positiven Fall die nationale Aufmerksamkeit auf die Einkommenspolitik. Die Fiskalpolitik begrenzt die Defizite und lenkt damit die nationale Politik auf die Bedeutung, vor der Krise Überschüsse zu erzielen, damit innerhalb des Rahmens des Stabilitätspaktes in der Krise gegengesteuert werden kann, ohne an die Defizitgrenzen zu stoßen. Die Bedeutung von Umschichtungen im Budget (Qualität der Staatsfinanzen) und die Anreizwirkungen der Steuern werden sichtbar, wenn nicht jede neue Ausgabe durch Budgetausweitung gelöst werden kann. Die Lissabonpolitik lenkt die Aufmerksamkeit auf Forschungsausgaben, Bildungsziele, soziale Kohäsion und Energieverbrauch, der Spielraum der Länder in der Ausführung ist nach oben offen.

Auch die Vorstellung, dass Wirtschaftspolitik durch die zunehmende Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes und durch Privatisierung einen geringeren Stellenwert bekommt, ist nicht immer richtig. Es gibt Bereiche, aus denen sich die Wirtschaftspolitik zurückziehen kann. Dem stehen aber auch neue Aufgaben z. B. in Wettbewerbs- und Regulierungspolitik gegenüber. Die neuen Formen der Arbeitsverträge (Flexibilität) und die Privatisierung von Infrastrukturunternehmen erfordern eine stärkere Begleitung durch integrative Sozialsysteme bzw. neue Regulierungssysteme. Die Alterung der Gesellschaft hat Anforderungen an Wohnbedarf und Infrastruktur, die Migration erfordert Integrationsmaßnahmen, die Konzentration der reichen Länder auf das höchste Qualitätssegment erfordert hohe Investitionen in neue Technologien

und in Qualifikation. Die Globalisierung erzeugt temporäre Verlierer. Auch wenn die Gewinne größer sind als die Verluste und die Gewinner zahlreicher als die Verlierer und selbst wenn die langfristigen Perspektiven der Verlierer sich verbessern, so brauchen sie in der Übergangsphase Unterstützung bei der Requalifikation und der Suche nach neuen Arbeitsplätzen.

Die nationale Ebene ist in einem wachsenden, integrierten Europa nicht immer die richtige Ebene (für Makrosteuerung wie auch für andere Politikfelder). In einigen größeren Ländern werden viele Entscheidungen – darunter jene für Innovation, Ausbildung, Weiterbildung und Infrastruktur – auf regionaler Ebene getroffen. In den kleinen Ländern sind die Sickereffekte und auch die positiven Spillovers von konjunkturellen aber auch von wachstumsfördernden Maßnahmen so groß, dass sie koordiniert werden sollten. Es wäre sinnvoll, regionale Verbände von Ländern zu forcieren, die einerseits mehrere Regionen erfassen, andererseits über die Nationalgrenze hinausgehen. Diese Verbände könnten auch bis zur Koordination der Wirtschaftspolitik in Nachbarländern führen. Dies ist in skandinavischen Ländern erfolgreich der Fall, im zentraleuropäischen Raum gibt es unverbindliche Initiativen, die aber noch zu wenig auf die Wirtschaftspolitik Einfluss nehmen. Forschung, Ausbildung, Infrastruktur und Arbeitsmarkt können hier Themen sein. Supranationale "Regionalpolitik" darf nicht im Gegensatz zu den EU-Richtlinien sein, kann die Effektivität der EU-Politik stärken, Sickereffekte verringern und mehr auf Unterschiede eingehen.

4.7 Finanzmärkte und Wohnbau

Wirtschaftliches Wachstum ist im Allgemeinen mit einer Ausweitung von Krediten verbunden (siehe Teilstudie 5 von Franz Hahn). In den Jahrzehnten nach dem Krieg kam der Ausweitung der Unternehmenskredite für Investitionszwecke die entscheidende Bedeutung zu. Als diese im Gefolge der beiden Erdölkrisen nachließen, spielte die Steigerung der Kredite des Staates eine wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums. Im letzten Jahrzehnt kam in vielen europäischen Ländern sowie in den USA dem Anstieg der Hypothekar- sowie Konsumkredite der privaten Haushalte eine besondere Rolle für das Wirtschaftswachstum zu.

In vielen europäischen Ländern sind die Hauspreise in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. In den angelsächsischen und skandinavischen sowie einigen südeuropäischen Ländern und in den Niederlanden war der Boom der Haus- und Wohnungspreise besonders ausgeprägt. Diese Entwicklung ist jedoch nicht "sustainable", denn Hauspreise schaffen keine Werte und fallen nach einem spekulativen Boom gewöhnlich wieder. Außerdem stellen teure Wohnungen und Häuser eine Belastung für die junge Generation zugunsten der derzeitigen Hausbesitzer dar. Eine Politik, die einen Hauspreisboom fördert, scheint deshalb keine zielführende Strategie zu sein.

In Kontinentaleuropa (Deutschland, Österreich) kamen in den letzten zehn Jahren keine positiven Impulse von den Hauspreisen her, aber es besteht in naher Zukunft auch kein Risiko eines Crashes der Wohnungspreise mit entsprechend negativen Auswirkungen auf Konsum und

Wohnbau. In Österreich sollte die Wohnungspolitik ähnlich wie die Infrastrukturpolitik als anti-zyklisches Instrument eingesetzt werden.

4.8 Beschäftigungsstrategie

Der Arbeitsmarkt in der EU war in den letzten Jahren vom schwachen Wirtschaftswachstum stark betroffen. Die Entwicklung der Beschäftigungsquoten zeichnet ein zu rosiges Bild, da sie auch vermehrte Teilzeit- und prekäre Jobs enthält. Die Zahl der Vollzeit-Arbeitsplätze ist im Euro-Raum zwischen 2001 und 2005 nicht gestiegen.

Zunehmende Teilzeitbeschäftigung bietet den Vorteil, den Auslastungsgrad der Betriebe zu erhöhen und damit die Gewinne zu steigern. Weiters hat sie den Vorteil, Arbeitsplätze für Randgruppen des Arbeitsmarktes (Hausfrauen, Studenten usw.) zu bieten und den Wünschen dieser Arbeitnehmergruppen sowie der Arbeitgeber zu entsprechen. Die stark steigende Teilzeitbeschäftigung hilft jedoch eher, die Reserven an Arbeitskräften auszuschöpfen, als die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die meisten Arbeitslosen suchen aus finanziellen Gründen einen Vollzeit-Arbeitsplatz.

Die Arbeitslosenquote ist im Euro-Raum zwischen 2001 und 2005 um 0,7 Prozentpunkte auf 8,6% gestiegen. Sie stellt nur einen Teil des Arbeitskräfteüberschusses ab, der Rest ist vor allem in hohen Frühpensionierungen versteckt. Auch junge Menschen mit guter Ausbildung finden immer schwerer einen sicheren Arbeitsplatz. Die Zahl der befristeten Arbeitsplätze und Eintritts-Jobs mit sehr niedrigen Aspiranten-Gehältern hat stark zugenommen. In Italien und Spanien konnte dadurch die Arbeitslosigkeit stark verringert werden. Das kann jedoch keine Dauerlösung sein. In Italien spricht man bereits von der "1.500 Euro-Generation". Die derzeitige Regierung plant eine Abschaffung dieser so genannten Flexibilisierungsmaßnahmen.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch befristete "entry-jobs" zu sehr niedrigem Gehalt, besonders in Italien und Spanien – hat die Beschäftigung deutlich gesteigert. Solche Eintritts-Jobs sind zweifellos der Arbeitslosigkeit junger Menschen vorzuziehen. Sie sind jedoch keine Dauerlösung, sondern eine Notmaßnahme in einer wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch schwierigen Situation.

Vor allem die OECD vertrat in ihrer Jobs Study ein angebotsorientiertes Konzept, das auf eine Erhöhung des Arbeitsangebots, eine Senkung der Arbeitskosten sowie eine Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes setzt: Abbau des Kündigungsschutzes, dezentrale Lohnverhandlungen, Beseitigung von Arbeitszeitregelungen, Kürzung des Arbeitslosengeldes usw.

Gerade im Bereich der Beschäftigungsstrategie wäre die erwähnte Unterscheidung in zwei Phasen – Unterauslastung und Vollaustung – besonders wichtig. Wenn allgemeine Knappheit an Arbeitskräften erreicht ist, dann sind die Vorschläge zur Erhöhung des Arbeitsangebots wichtig und sinnvoll. Solange die Arbeitslosigkeit und andere Formen der Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots hoch sind, sind solche Maßnahmen bezüglich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit problematisch – wenngleich sie Wachstum und Beschäftigung erhöhen können.

In einer Phase der Unterauslastung der Kapazitäten (Nachfragemangel) bieten sich folgende Maßnahmen an:

- Vorziehen von Infrastrukturinvestitionen: Auf EU-Ebene sollten die Pläne für die Trans-europäischen Netze zügig umgesetzt werden. In Österreich hat die Regierung gezeigt, wie man die Investitionen in Straßen und Bahn stark erhöhen kann, ohne das Budget kurzfristig zu belasten (außerbudgetäre Finanzierung)
- Zusätzliche Anreize für Unternehmen, in Maschinen, Forschung und Bildung zu investieren
- Programme, die zu einem Vorziehen von Wohnbauinvestitionen führen. Der Wohnbau hat große Bedeutung für die Inlandsnachfrage.

5. Zusammenfassung

Von der Nachfrageseite her gesehen, gehen die Wachstumsunterschiede zwischen den EU-Ländern 1995-2005 vor allem auf den privaten Konsum und den Wohnbau zurück (weniger auf Exporte und Investitionen). Diese Unterschiede können vor allem auf den Einfluss der unterschiedlichen Hauspreisentwicklung auf den privaten Konsum und die Wohnbautätigkeit zurückgeführt werden.

Das Wirtschaftswachstum ist entscheidend für die Beschäftigungsentwicklung und auch für die Arbeitslosigkeit. Letztere wird neben dem Wachstum auch von der demographischen Entwicklung und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beeinflusst.

Es wäre verfehlt, aus dem sinkenden Arbeitsinput der letzten Jahre zu schließen, dass ein zu geringes Angebot an Arbeitskräften zur Verfügung stehe. Die hohen Arbeitslosenzahlen, die Frühpensionierungen älterer Arbeitnehmer, die Kündigungswellen in börsennotierten Großunternehmen und die unterbezahlten Trainee-Jobs gut ausgebildeter Absolventen weisen auf einen hohen Arbeitskräfteüberschuss hin¹⁰). Im Gegensatz zu früheren Rezessionen blieb die Kapazitätsauslastung im Euro-Raum nach der Rezession 2001 – trotz des Booms der Weltwirtschaft – außerordentlich lange niedrig. Das deutet auf Schwächen der makroökonomischen Stabilisierungspolitik im Euro-Raum hin.

Was die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum betrifft, wäre eine gewisse internationale Koordinierung der Lohn- und Preispolitik zweckmäßig (obwohl es hier keine Zuständigkeit auf europäischer Ebene und auch keine Institution gibt), um Extreme in der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit – ohne eine Rezession in den betroffenen Ländern – auszugleichen.

In der Währungsunion wurde eine aktive antizyklische Fiskalpolitik – im Sinne steigender struktureller Budgetdefizite in der Rezession – mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und ange-

¹⁰) Das Wachstumspotential ("Potential Output") dürfte deutlich höher liegen, als es oft in ökonometrischen oder zeitreihenanalytischen Berechnungen angegeben wird. Hier ist ein Forschungsbedarf gegeben.

sichts der hohen Ausgangsdefizite eingeschränkt. Die wirtschaftspolitische Funktion der anti-zyklischen Stabilisierung lastet deshalb stärker auf der Europäischen Zentralbank, für die aber auch statutengemäß die Preisstabilität im Vordergrund steht. Die Nachfrage im Euro-Raum reagiert jedoch weniger auf Zinssatzänderungen als in den USA und Großbritannien. Eine effiziente konjunkturelle Stabilisierungspolitik im Euro-Raum setzt deshalb entweder eine aktive antizyklische Fiskalpolitik, eine Angleichung der Finanzmärkte an angelsächsische Verhältnisse oder eine stärkere Forcierung der Wachstumspolitik (Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Ausbildung) voraus. Bei der Reform des Stabilitätspaktes wurden Schritte in diese Richtung getan, ebenso wie die Renationalisierung der Lissabonstrategie stärkere und an die Bedürfnisse der Länder angepasste Wirtschaftspolitik ermöglicht.

Literaturhinweise

- Al-Eyd, A., et al., Consumption, income and wealth: a time-series panel data study of the Euro area, NIESR, October 2005.
- Australian Bureau of Statistics, The relationship between GDP and employment: Australian Labour Market Statistics, cat. No. 6105.0, 01/2006.
- ECB, "Did the pattern of aggregate employment growth change in the Euro area in the late 1990s?", ECB Working Paper Series, May 2004, (258).
- Granger, C. W. J., Investigating Causal Relations by Econometric Models and Cross-Spectral Methods, *Econometrica*, 1969, 37, S. 424-438.
- IMF, The global house price boom, IMF World Economic Outlook, Chapter II, Washington D.C., 2004.
- Kiviet, J. F., On bias, inconsistency and efficiency of various estimators in dynamic panel data models. *Journal of Econometrics*, 1995, 68, S. 53-78.
- Krugman, P., Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg, Campus Verlag, Frankfurt/Main, 1999.
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., "Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf das Wirtschaftswachstum", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(11).
- OECD, Housing markets, wealth and the business cycle, *Economic Outlook*, 2004, 75.
- OECD, *Economic Outlook*, 2006, 79.
- Tichy, G., Demografie-Prognoseschwäche, Arbeitsmarkt und Pensionsfinanzierung, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2/2006.
- Verdoorn, P., Verdoorn's Law in Retrospect: A comment, *Economic Journal*, 1980, Vol. 18, S. 382-385.

© 2006 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Download 32,00 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search_get_abstract_type?p_language=1&pubid=27441